

11. März

2/ 2021

www.landtag-mv.de



+++ Neustart nach der Krise +++ Landtag lehnt Gaskraftwerk in MV ab +++ Debatte über Lockerungen für Geimpfte
+++ Gesetz fürs Carsharing +++ Bessere Schulung für Seiteneinsteiger +++ Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt
+++ Schülerwettbewerb „30 Jahre Friedliche Revolution 1989“ +++



Titelfoto: Uwe Sinnecker

3	AUS DEM PLENUM Aktuelle Stunde	„Neustart nach der Krise: Wirtschaft zügig hochfahren, Arbeitsplätze sichern“ (auf Antrag der Fraktion der SPD)
4 - 10	Auszüge aus der Original-Debatte	Jochen Schulte (SPD), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Dirk Lerche (AfD), Bernhard Wildt (CDU), Henning Foerster (DIE LINKE)
11 - 19	Berichte	Klimaschutz bekommt kein eigenes Gesetz 1600 Euro fürs Pflegeheim Landtag lehnt Gaskraftwerk in MV ab Debatte über Lockerungen für Geimpfte Es braucht weiter Geduld
20 - 22	Meldungen	Land plant Gesetz fürs Carsharing Rechtssicherheit für Beitragspflicht Bessere Schulung für Seiteneinsteiger Im Notfall nur Briefwahl Zwei Milliarden Euro für Unis und Hochschulen Ausschüsse dürfen per Video tagen Auszahlung von Wirtschaftshilfen Corona bestimmt Wahlregeln
23 - 24	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
25 - 27	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Ostseeparlamentarierkonferenz Zweckentfremdungsgesetz M-V Lehrer im Seiteneinstieg Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Umweltpreis
27 - 29	Schülerwettbewerb	„30 Jahre Friedliche Revolution 1989“
30 - 31	Das Schloss vor 30 Jahren	Es gab mehr direkte Reaktionen - Zwei Journalisten blicken zurück auf die Anfänge des Landtages
32	PANORAMA Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Anna-Maria Leistner

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 19. Februar 2021

Wirtschaft nach der Krise

Abgeordnete diskutieren über Möglichkeiten für einen gelingenden Neustart

■ „Wir haben bis auf Weiteres wegen der Corona-Krise geschlossen.“ So oder so ähnlich lesen sich die Zettel an den Schaufenstern vieler Geschäfte. Gut ein Jahr, nachdem der erste Corona-Fall in Deutschland festgestellt wurde, und nach langen Monaten des Lockdowns fragen sich viele Unternehmen und Beschäftigte: Wann wird es weitergehen? Und wie soll der Neustart gelingen? Die Ansichten der Landespolitik tauschten die Abgeordneten in einer **Aktuellen Stunde** aus. Sie sprachen unter anderem über staatliche Zuschüsse, die Bäderverkaufsordnung, beschleunigte Investitionen und eine Marketingkampagne für MV. Auf die Agenda gesetzt hatte das Thema die SPD-Fraktion.

Die wirtschaftliche Situation werde sich nach der Krise nicht schlagartig verbessern, betonte **Jochen Schulte** (SPD). Die Landesregierung müsse deshalb auch dann weiter an der Seite der betroffenen Unternehmen stehen. Er regte an, Programme mit der Mittelstandsbank oder der Bürgschaftsbank MV zu verlängern oder neu aufzulegen und gegebenenfalls auch über verlorene Zuschüsse nachzudenken. „MV wird das aber nicht alleine leisten können. Wir brauchen dabei auch die finanzielle Unterstützung des Bundes und der Europäischen Union.“ Zum Beispiel über eine Investitions-offensive, die auch neue Schulden nicht ausschließe.

Die Corona-Krise verlange der Wirtschaft sehr viel ab, sagte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD). „Das ist eine große Zumutung für alle Betroffenen, das wissen wir.“ Bund und Land nähmen deshalb sehr viel Geld für Unterstützungen in die Hand. „Wir kämpfen um jedes Unternehmen, wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz in unserem Land.“ Bislang seien in MV Bundes- und



Foto: Uwe Sinnecker

Landeshilfen in Höhe von 550 Millionen Euro bewilligt worden. Die Landesregierung setze alles daran, die Wirtschaft wieder auf Touren zu bringen. „Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir an die gute wirtschaftliche Lage vor Corona anknüpfen können.“

Dirk Lerche (AfD) warf der Politik vor, die Krise mit Entscheidungen aus dem Bauch heraus am Leben zu halten und damit jeden Tag Wirtschaftsexistenzen zu vernichten. Seine Vorschläge, um der Wirtschaft zu helfen: CO₂-Steuer, EEG-Umlage und bürokratische Regelungen wie die Bonpflicht abschaffen. Die Laufzeiten der Kern- und Kohlekraftwerke verlängern. Die Euro-7-Norm verhindern. Und die Bäderverkaufsordnung für zwei Jahre in eine Einzelhandel-Retentionsverordnung umwidmen.

Keine der Einschränkungen werde aus dem Bauch heraus getroffen, widersprach **Bernhard Wildt** (CDU). Jede Entscheidung sei geleitet von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Sachverstand. Das gelte auch für Öffnungsperspektiven. Er halte es für wichtig, Wirtschaft und Bürgern mit einer Art Belastungsmoratorium Zuversicht zu vermitteln. Das würde bedeuten: keine neuen Steuern, keine neuen Regulierungen. Darüber hinaus schlug er vor, als Landtag darauf hinzuwirken, Investitionen durch einfachere Planungsprozesse zu beschleunigen.

Holger Arppe (fraktionslos) appellierte daran, die von der DEHOGA ausgearbeiteten Vorschläge für einen Neustart der Branche nicht zu ignorieren. Gaststätten, Restaurants, Hotels und Cafés hätten „gegen jede Vernunft und jede Faktenlage“ schließen müssen. „Viele stehen am Rande der Existenz, des existentiellen Zusammenbruchs.“

Henning Foerster (DIE LINKE) mahnte, nach der Krise nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen. „Die Pandemie hat wie unter einem Brennglas offengelegt, wo die größten Baustellen sind.“ Er plädierte unter anderem für eine weitere Marketingkampagne im Tourismus, einen Zuschuss für saisonverlängernde und damit auch arbeitsplatzerhaltende Maßnahmen, einen armutsfesten Vergabemindestlohn, für eine Wirtschaftsförderung, die Unternehmen für gute Arbeitsbedingungen und Tariflöhne belohne, eine Industriestrategie und mehr Arbeitsplätze im Bereich Gesundheit und Pflege.

Jochen Schulte, SPD:

„Was wir nicht machen können, ist, die Unternehmerinnen und Unternehmen alleine zu lassen.“

Foto: Uwe Sinnacker



[...] es ist genau heute vor einem Jahr gewesen, am 27.01.2020, als in Bayern der erste Corona-Fall [...] festgestellt worden ist, [...] keiner von uns hat, [...] damit gerechnet und es nur ansatzweise geahnt, welche Konsequenzen auf uns alle zukommen würden – weder, was das soziale Leben angeht, noch, was die Frage der wirtschaftlichen und materiellen Auswirkungen, nicht nur für Unternehmerinnen und Unternehmen, auch für die [...] Beschäftigten mit sich bringen wird. [...]

Aber [...] ich will [...] deutlich an dieser Stelle sagen [...], dass es jedem Menschen zu jeder Zeit überall auf dieser Welt [...] gestattet sein muss, friedlich für seine Meinung zu demonstrieren und diese Meinung auch gegenüber denjenigen, die gewählt worden sind oder die regieren, entsprechend zum Ausdruck zu bringen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

[...] So richtig es ist, sich klar und deutlich dagegen zu positionieren, dass Menschen, weil sie ein Recht in Anspruch nehmen, ihre Meinung zu äußern, [...] nicht verhaftet werden dürfen, so schlimm ist es – und ich benutze diesen Ausdruck ausdrücklich und bewusst – [...], wenn Politikerinnen und Politiker in anderen Ländern [...] das Eintreten für Menschenrechte dafür missbrauchen wollen – [...] der Ausdruck ist bewusst gewählt –, dass sie ihre [...] politischen Vorstellungen damit verknüpfen.

Wenn sich eine Politikerin, [...] zum Beispiel Frau Baerbock,

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hinstellt und sagt, [...] nachdem die Demonstrantinnen und Demonstranten [...] in Russland verhaftet worden sind, jetzt [...] muss ein Baustopp der Ostseepipeline Nord Stream 2 durchgesetzt werden, dann ist Frau Baerbock und all denjenigen, die sie unterstützen – und damit schließt sich [...] der Kreis zur [...] Aktuelle Stunde – [...] gar nicht klar, was sie da [...] fordert. Die Menschen, die dort auf die Straße gehen, demonstrieren für einen Rechtsstaat, sie demonstrieren gegen politische Willkür. Was Frau Baerbock fordert, ist in der letzten Konsequenz die Abschaffung des Rechtsstaates und die Ersetzung durch politische Willkür. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn man kritisch gegenüber Nord Stream 2 steht. Man kann [...] die Frage aufwerfen, ob wir diese Pipeline für die Energieversorgung Deutschlands und Europas brauchen. [...] Aber was man nicht [...] darf, [...] ist, zu sagen, wir haben zwar ein [...] auf der Grundlage demokratisch legitimierter Gesetze [...] durchgeführtes Verfahren, das zur Genehmigung eines Infrastrukturvorhabens [...] geführt hat [...], aber diese Entscheidung nicht etwa vor ordentlichen Gerichten anzugreifen, sondern zu sagen, jetzt muss sich Politik hinstellen, über den Rechtsstaat hinwegsetzen, über die entsprechenden Genehmigungen hinwegsetzen und aus politischen Gründen [...] sagen, dieses Vorhaben muss gestoppt werden. Das [...] ist genau das, wogegen die Menschen in Russland auf die Straße gegangen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[...] was man auch für unser Land daraus lernen muss [...]: Egal, worüber man redet [...], wie man der Wirtschaft wieder helfen kann, auf die Beine zu kommen, [...] damit die Bürgerinnen und Bürger eine wirklich effektive Chance nach der Corona-Krise für einen Neustart in ein soziales, in ein wirtschaftliches Leben haben –, [...] alles, was wir machen, muss unter der Prämisse Rechtsstaat laufen. [...]

Alles, was wir machen, muss den Menschen auf der Grundlage eines demokratisch legitimierte Rechtsstaates dienen, und die Menschen und die Unternehmerinnen und Unternehmen und deren Beschäftigte haben ein Recht darauf, dass das, was sie dann auch rechtmäßig bekommen, können sie auch hinterher behalten, ohne dass es aus politischen Gründen infrage gestellt wird [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Unruhe bei Horst Förster, AfD)

(...)[...]

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

[...]



Foto: Uwe Sinnecker

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

[..]

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

[..]

(Präsidentin Birgit Hesse spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

[..]

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU und Thomas Würdich, SPD)

[..] das ist die Stärke dieses Landes [..] gewesen, dass wir trotz unterschiedlichster Position bei vielen Fragen immer eine gemeinsame Position [..] gefunden haben. Und das ist, [..] weswegen wir – Land, Landesregierung, Landtag – [..] relativ gut [..] bisher durch die Krise gekommen sind.

Was ich mir wünsche [..], auch als Botschaft [..] an die Menschen, an die Unternehmen, [..] an deren Beschäftigte [..], ist, dass das [..] weiterhin so vonstattengeht, auch in der Zeit, die sich [..] an die eigentliche Krise anschließt, [..]

(Heiterkeit bei Bernhard Wildt, CDU)

[..] auch dann wird es noch Probleme [..] geben, die sich aus der Corona-Krise ergeben. Und auch da haben die Menschen im Land darauf einen Anspruch, dass wir das möglichst gemeinsam und konstruktiv machen.

[..] jedes Papier, das von Kammern, [..] von Verbänden, wie

[..] das DEHOGA-Papier, erarbeitet wird, ist ein guter, [..] richtiger Schritt, [..] weil es ein Beitrag ist aus der Mitte der Wirtschaft, [..] der Gesellschaft zur Problemfindung und zur Problemlösung.

(Horst Förster, AfD: Das muss man dann aber an den Maßnahmen erkennen können!)

Wir können das nur gemeinsam machen und wir werden es auch nur so machen können, dass wir mit allen Beteiligten dieser Gesellschaft [..] diesen Diskussionsprozess fortführen, um Lösungen zu finden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[..] was wir nicht machen können, ist, die Unternehmerinnen und Unternehmen [..] alleine [..] zu lassen nach dem Motto: Jetzt ist die Krise vorbei, jetzt könnt ihr alleine zusehen, wie ihr da durchkommt. Das wird nicht funktionieren [..].

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[..]

(Zuruf von Bernhard Wildt, CDU)

[..] Wir müssen uns [..] überlegen, was wir machen können. [..] da sollten wir, und das ist eine ausdrückliche Bitte

[...] meiner Fraktion auch an die Landesregierung, [...] ob man [...] bestehende Programme gemeinsam mit Mittelstandsbank oder mit Bürgschaftsbank M-V zielgerichtet verlängert oder [...] auflegt, um kleinere und mittelständische Unternehmen [...] zu unterstützen. Das kann [...] eine Finanzierung von Betriebsmitteln sein, das können [...] kreditnahe Produkte sein mit Nachhang- und Eigenkapitalcharakter [...].

[...] ich will da der Prüfung [...] nicht vorgreifen, [...] ob man [...] an der einen oder anderen Stelle der kleinteiligen Wirtschaft in unserem Land auch mit staatlichen Mitteln [...] unterstützend unter die Arme greift. [...] was nicht dazu führen kann, [...] dass wir am Ende bei Unternehmen, die betriebswirtschaftlich nicht lebensfähig sein werden, dann [...] nur den Sterbeprozess verlängern. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[...] egal, was wir machen [...], wir müssen zusehen, dass wir auch im Interesse der Beschäftigten bestmöglich aus der Krise kommen. [...] Und wir müssen auch ehrlich sein, dort, wo es immense wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt, da muss man vielleicht [...] eine Art Sanierungsmediation mit den Unternehmen, mit den Gläubigern, mit den Schuldnern machen, um [...] auszuloten, kann ich dieses Unternehmen [...] noch aus der Insolvenzfrage führen [...]. M-V wird das nicht alleine leisten können. [...] wir brauchen [...] dabei [...] finanzielle Unterstützung des Bundes und der Europäischen Union. [...]

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Einzelmeinung.)

[...]

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU: Einzelmeinung.)

[...] Es ist richtig, dass man Schulden nicht machen soll, einfach, um konsumtive Ausgaben zu finanzieren. Aber [...] was wir überlegen müssen, ist [...], ob wir auch nach der aktuellen Krise [...] Mittel brauchen über Schulden, die der Bund und die Länder aufmachen können, um [...] eine Investitions-offensive [...] zu finanzieren [...].

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

[...] Und das sollte insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr und [...] Digitales sein. [...]

(Heiterkeit bei Horst Förster, AfD)

[...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Ohne Industriearbeitsplätze hat Mecklenburg-Vorpommern keine wirtschaftliche Perspektive.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wir haben von Anfang an gesagt, es ist unsere Aufgabe, mit einem Dreiklang durch diese Corona-Krise zu kommen, die Gesundheit der Menschen zu schützen, aber eben auch die Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze zu schützen und den sozialen Zusammenhalt.

Und von Anfang an haben wir unsere Wirtschaft, unsere Arbeitsplätze in der Corona-Krise nicht alleingelassen. Wir unterstützen die Unternehmen und versuchen, die Arbeitsplätze zu sichern. Wir nehmen sehr viel Geld in die Hand für unsere industriellen Kerne, ebenso für die Kleinst- und Kleinunternehmen, mittelständische Betriebe bis zu ganz großen Betrieben, damit die Produktion erhalten bleibt hier in Mecklenburg-Vorpommern, damit die Unternehmen erhalten bleiben und die Arbeitsplätze. Und ich sage es hier ganz klar: Wir kämpfen um jedes Unternehmen, wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz in unserem Land! Wir tun das, damit wir auch nach der Krise sofort Anschluss haben und damit unsere Wirtschaft und die Arbeitsplätze eben auch gesund durch die Krise kommen.

Eine ganz große Hilfe ist das Kurzarbeitergeld, das der Bund seit vielen Monaten zur Verfügung stellt, damit eben Unternehmen nicht ihre Mitarbeiter entlassen müssen. Und ich weiß, dass es für viele gerade in unserem Land schwer ist, mit dem Kurzarbeitergeld über die Runden zu kommen, aber Kurzarbeit mit Kurzarbeitergeld ist immer noch besser als Arbeitslosigkeit, und es ist ein wichtiges Instrument. Wir werden uns weiter als Land dafür einsetzen, dass das bestehen bleibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich will ganz klar sagen,



Der Bereich vor dem Plenarsaal wird von Fernsightteams für Interviews genutzt.

dass ich sehr zuversichtlich bin, trotz dieser schwierigen Situation, dass wir an die gute wirtschaftliche Lage vor Corona anknüpfen können und für weitere Verbesserungen sorgen können. [...]

Ich will ein Schlaglicht darauf werfen, wo unsere Zukunftsbranchen liegen. Wir haben einen starken Tourismus. Und Mecklenburg-Vorpommern war Tourismusland, Mecklenburg-Vorpommern bleibt Tourismusland, und ich bin ganz zuversichtlich, dass der Tourismusbereich eine sehr gute Perspektive hat, [...].

Ohne Industriearbeitsplätze hat Mecklenburg-Vorpommern keine wirtschaftliche Perspektive, und deshalb ist es wichtig, dass wir gerade versuchen, industrielle Markenkerne wie zum Beispiel den Schiffbau zu erhalten. [...]

Letzter Punkt, sehr geehrte Damen und Herren: Natürlich wollen wir auch in Arbeitsplätze der Zukunft investieren [...]. Unser Land ist immer vorangegangen, wenn es darum ging, zum Beispiel in erneuerbare Energien zu investieren. [...] Wir wollen der Standort werden, der nicht nur Wasserstoffproduktion erforscht, sondern auch Wasserstoff produziert, und zwar so, dass es perspektivisch bezahlbar ist für Privathaushalte und für die Industrie. Damit sind auch industrielle Ansiedlungen möglich. Das ist auch eine Zukunftsbranche für Mecklenburg-Vorpommern, in die wir weiter investieren.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Funktioniert nicht!)*

Dirk Lerche, AfD:

„Wir benötigen Arbeitskräfte im Gesundheitswesen, in der Pflege, bei den Gesundheitsämtern.“



Fotos: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Präsidentin! [...] Liebe Landsleute! „Neustart nach der Krise: Wirtschaft zügig hochfahren, Arbeitsplätze sichern“ – da frage ich mich: Wie lange geht die Krise noch? Wer hat die Dauer der Krise zu verantworten? Wen betraf oder betrifft die Krise? [...] Wie wollen wir in Zukunft leben? Akzeptieren wir die Natur heute und setzen auf Forschung und Weiterentwicklung der Medizin für zukünftige Generationen? [...] Wenn wir diese Fragen [...] beantworten, ist die Krise vorbei und wir können analysieren, welche Wirtschaftsbranchen es wie schlimm getroffen hat.

Die Nahrungsmittelindustrie lief weiter, die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ebenso. Die Hoch- und Tiefbaubranche hat es bis jetzt auch nicht getroffen, ebenso der Maschinenbau und die IT-Branche. Letztere und auch die Transportbranche haben Zuwächse. Verlierer der Krise sind die Werftindustrie, welche auf Kreuzfahrttourismus gesetzt hat, und ihre Zulieferer, die komplette Tourismusbranche, die Gastronomie und ein großer Teil des Einzelhandels sowie viele Dienstleister und Freizeit- beziehungsweise Kulturunternehmen. Jeden Tag, mit dem wir politisch diese Krise am Leben erhalten,

*(Unruhe bei Thomas Krüger, SPD,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)*

werden Wirtschaftsexistenzen vernichtet. Die Zahl der zukünftigen Insolvenzen [...] wird ständig höher. Und dann trifft es auch irgendwann das Handwerk [...]. Wir, die AfD-Fraktion, haben Sie, meine Damen und Herren, oft genug aufgefordert, diese Art von Lockdown und damit die Krise zu beenden. Aber Sie entscheiden ja lieber aus dem Bauch heraus und wundern sich, dass die Zahl der Infizierten weiterhin stabil bleibt.

(Sebastian Ehlers, CDU: Die Zahl geht runter.)

[...] Womit wollen Sie denn nun nach der irgendwann aufhörenden Krise einen Wirtschaftsanschub oder besser einen Wirtschaftsboom, um all die Schulden zurückzuzahlen, finanzieren? Die AfD-Fraktion kann Ihnen sagen, liebe Landesregierung,

(Minister Harry Glawe: Na?)

[...] schaffen Sie die verrückte CO₂-Steuer ab, die Unternehmen wie Verbraucher belastet!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

Schaffen Sie die EEG-Umlage ab und verlängern Sie die Laufzeiten der bisherigen Kern- und Kohlekraftwerke, die günstigen Strom produzieren!

*(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)*

Dann bleibt bei Unternehmern, die keine Ausnahme bei der EEG-Umlage haben – und das sind die meisten in Mecklenburg-Vorpommern, gerade bei den Verlierern –, nämlich mehr hängen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf aus dem Plenum: Jawoll!)*

Verhindern Sie die Euro-7-Norm! Schaffen Sie die Bürokratie wie die hirnrissige Bonpflicht ab!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

[...] Und was Sie hier in M-V tun können, Herr Krüger:

(Thomas Krüger, SPD: Jaja!)

Widmen Sie für ein bis zwei Jahre die Bäderverkaufsordnung in Einzelhandel-Rettungsverordnung, und zwar in ganz Mecklenburg-Vorpommern, um!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

[...] Machen Sie den Menschen wieder Mut, nach draußen zu gehen, und verbreiten nicht immer Panik!

[...] Das 400-Köpfe-Unternehmen Miltenyi Biotec in Teterow produziert Peptide für die Impfstoffforschung. [...] Dort könnte auch eventuell Impfstoffproduktion laufen, per Lizenz. Also setzen Sie Fördergelder gezielt ein!

Und wenn uns eines diese Krise gelehrt hat: Wir benötigen Arbeitskräfte im Gesundheitswesen, in der Pflege, bei den Gesundheitsämtern, und keine Gleichstellungsbeauftragten, Gendersternchenforscher/-innen oder -außen,

[...]

Und bedenken Sie, was ich anfangs gesagt habe – ich komme zum letzten Satz –: Wir müssen uns dran gewöhnen, mit den Viren zu leben. Bei den Krankenhauskeimen hat man in Deutschland bisher auch wenig unternommen, keine Billion lockergemacht und nimmt in Kauf, dass im Jahr zwischen 10.000 und 20.000 Patienten mit oder daran versterben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)*

Bernhard Wildt, CDU:

„Ich glaube Mecklenburg-Vorpommern hat in dieser Corona-Krise deutliche Sympathiepunkte gewonnen.“



Foto: Uwe Sinnecker

Corona geht uns allen gewaltig auf die Nerven [...] und die Maßnahmen gegen Corona. Das haben wir hier gemeinsam, [...] Und deswegen ist es ganz normal und ganz richtig, dass wir hier in der Landesregierung und im Landtag selbst darüber nachdenken, wie kommen wir aus dieser Krise wieder hinaus [...].

Aber um in die Normalität zu kommen, brauchen wir zwei Grundvoraussetzungen.

Das Erste ist, dass wir Corona in gewisser Weise besiegen müssen [...]. Deswegen gebietet es die Vernunft, [...], immer Maßnahmen zu ergreifen, das Virus einzu [...] dämmen [...]. Und die Maßnahmen der Landesregierung und der Bundesregierung gehen genau in diese Richtung.

Die zweite Grundvoraussetzung ist, dass wir die Substanz unseres Landes nicht beschädigen. Die Substanz, damit meine ich die Unternehmen, die Arbeitsplätze, die wir haben.

[...] wir möchten so viele Unternehmen wie möglich am Leben erhalten, und das ist eben entscheidend, um nach der Krise wieder auf einen Wachstumspfad zurückzukommen, um auch wieder Arbeitsplätze aufzubauen, [...].

Auch hier sind die Landesregierung und auch die Bundesregierung sehr aktiv. Es gibt eine Fülle von Hilfsprogrammen, [...]. Und insofern muss sich jetzt der Blick tatsächlich nach vorne richten in die Perspektive: Wie kommen wir anschließend wieder aus dieser Situation heraus, was passiert dann?

[...] Von daher sind diese Perspektivpläne – und auch die Touristiker bei uns im Land haben einen ähnlichen Plan ja entwickelt [...] sehr detailliert aufgelistet, was können wir wann machen und wie kommen wir Schritt für Schritt heraus. Und es ist ganz wichtig, dass dort keine Termine dranhängen. [...], sondern es sind eben Voraussetzungen zu erfüllen. Und das bringt eine Transparenz in den ganzen Prozess. Es ist nämlich genau nicht so, wie Sie sagen, Herr Lerche, es ist kein Bauchgefühl, sondern es ist geleitet von wissenschaftlichen Erkenntnissen, es ist geleitet von Sachverstand und dann eben auch transparent, logisch, konsequent und konsistent. Das sind die Maßnahmen, die wir dort vorantreiben wollen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Zuruf von Dirk Lerche, AfD)*

Und so kann man sagen, das sind im Prinzip zwei kommunizierende Röhren: auf der einen Seite die Zahl der Infektionen, der Inzidenz, die runtergeht, und auf der anderen Seite die Lockerungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, die damit eben dann wieder einhergehen. [...]

Und wir wissen spätestens seit Ludwig Erhard, Wirtschaft ist zu mindestens 50 Prozent Psychologie. Es geht auch darum, wie sind die Erwartungshaltungen der Konsumenten, der Bürger, aber auch der Unternehmen, wie schätzt man die Zukunft ein, möchte man lieber sparen oder möchte man lieber investieren, möchte man lieber die Kapazitäten ausbauen oder ist man ängstlich und hält sich weiter zurück. Und da ist es ganz wichtig [...], genau diese Zuversicht [...] zu vermitteln, diesen Mut rüberzubringen. [...] wir brauchen handfeste Maßnahmen. [...] Ich glaube, es ist sehr wichtig,



Fotografen nutzen die Möglichkeit, das Sitzungsgeschehen im Plenarsaal von der Lobby aus durch die Glastüren zu dokumentieren.

dass wir die Wirtschaft und auch die privaten Bürger [...] nicht weiter belasten, dass schon diese Zuversicht auch vermittelt wird, es gibt eine Art Belastungsmoratorium, keine neuen Steuern, keine neuen Regeln,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

[...], dass man dort alle Wachstumskräfte fördert und nicht versucht, irgendetwas abzuwürgen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ein zweiter Punkt, den ich für genauso wichtig halte, [...], am 20. November im Bundestag wurde ein Investitionsbeschleunigungsgesetz beschlossen, [...] es geht darum, bestimmte Planungsprozesse zu verkürzen, um bestimmte Maßnahmen schneller durchführen zu können. [...] Und auch wir hier im Landtag könnten darüber nachdenken, inwiefern wir die Investitionen beschleunigen können, inwiefern wir Maßnahmen schneller umsetzen können, sozusagen die PS schneller auf die Straße kriegen, denn es ist ja alles da, das Geld haben wir bereitgestellt, die Ideen sind da, [...].

Dann war im Wirtschaftsausschuss vor wenigen Wochen das Landesmarketing zu Gast. [...] Ich glaube Mecklenburg-Vorpommern hat in dieser Corona-Krise deutliche Sympathiepunkte gewonnen. [...] die Menschen kommen gerne zu uns, nicht nur als Urlauber, sondern zunehmend auch junge Leute, die bei uns leben und arbeiten wollen. Und diese Stärken [...] müssen wir noch weiter ausspielen. Das Landesmarketing wird das tun, und das begrüßen wir außerordentlich [...].

Ein wichtiger Punkt ist angesprochen worden, wenn es um die Zukunftsindustrien geht, um [...] Forschung und Entwicklung. An der Stelle möchte ich mich noch mal ausdrücklich auch bei Harry Glawe bedanken, der das Thema Transferbeauftragte umgesetzt hat.



Viele Bereiche des Plenarsaals werden regelmäßig desinfiziert.

Fotos: Uwe Sinnecker

Henning Foerster, DIE LINKE:

„In Sachen Digitalisierung braucht es endlich eine Strategie.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! [...]

Die Pandemie hat wie unter einem Brennglas offengelegt, wo die größten Baustellen sind. Viele Probleme [...] waren ja schon vor dem Frühjahr 2020 existent und wurden durch Corona letztlich nur verschärft. Einrichtungen des Kinder- und Jugendtourismus klagen seit Langem über jahrelangen Investitionsstau und die mangelnde Unterstützung des Landes. Die Ausbeutung von ausländischen Werkvertragsarbeitern beschäftigte den Landtag schon in der letzten Wahlperiode. Niedriglöhne und atypische Beschäftigung sind ein Dauerbrenner in diesem Land und schlagen in Krisenzeiten nun natürlich auch bei der Höhe des Kurzarbeitergeldes durch. Der Fachkräftemangel stellt Krankenhäuser und Pflegeheime schon seit Langem vor große Probleme. Saisonarbeit ist auch nach 30 Jahren Tourismusboom in Mecklenburg-Vorpommern immer noch ein Problem für viele Tausend Beschäftigte. Die Tariffucht der Arbeitgeber im Einzelhandel sorgt seit der Jahrtausendwende dafür, dass ein signifikanter Teil der Verkäuferinnen nach ver.di-Angaben trotz Arbeit arm ist. Der Arbeitsschutz wurde jahrelang so stiefmütterlich behandelt, dass im Durchschnitt noch alle 20 Jahre mal ein Inspekteur vorbeikommt. [...] Und die Versäumnisse beim Breitbandausbau sowie beim Mobilfunkausbau erinnern zuweilen an den Vorspann der Serie „Raumschiff Enterprise“:

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Planet Mecklenburg, unendliche Weiten, wir schreiben das Jahr 2021. Homeoffice ist für viele Beschäftigte immer noch keine Option. [...] In Sachen Digitalisierung braucht es endlich eine Strategie, die den Namen auch verdient. Es gilt, Schwerpunkte zu setzen, statt überall ein bisschen mitzuspielen, [...]. Besser wäre es, Vorhaben zu priorisieren und konsequent umzusetzen.

Wenn wir in Sachen gute Löhne und mehr Wertschöpfung endlich vorankommen wollen, benötigen wir auch eine Industriestrategie. Es ist satzungsbekannt, dass Industrie grundsätzlich für hoch qualifizierte Arbeitsplätze, ein attraktives Lohnniveau und innovative Produkte steht. Modernste Technologien bieten ja nicht nur im verarbeitenden und produzierenden Gewerbe die Aussicht auf eine hohe Wertschöpfung, sondern auch die Aussicht auf gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Und eine solche Strategie muss natürlich die Erfahrungen mit der aktuellen Corona-Pandemie aufgreifen und darüber hinaus die demografischen Herausforderungen, die Abkehr von Kohlenstoff im Energiesektor und die schon angesprochene Digitalisierung berücksichtigen.



You Tube

In der Debatte haben noch weitere Redner gesprochen. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de

Klimaschutz bekommt kein eigenes Gesetz

DIE LINKE scheitert mit Vorstoß für verbindlichere Regelungen

■ Was MV für den Klimaschutz tut? Zu wenig, meint DIE LINKE: Zwischen 1991 und 2017 habe das Land seine Treibhausgasemissionen gerade einmal um 0,8 Prozent gesenkt. Eine Ursache dafür sieht die Oppositionsfraktion in viel zu unverbindlichen Regelungen. Sie regte deshalb an, dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und ein Klimaschutzgesetz zu verabschieden. Einen entsprechenden Entwurf brachte die Fraktion im Januar zur ersten Lesung ein. Er sieht vor, gemessen an 1990, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 65 Prozent und bis 2040 um 85 Prozent zu reduzieren und bis 2050 eine Klimaneutralität anzustreben. Der Gesetzentwurf erwartet von der Landesregierung bis 2022 ein Energie- und Klimakonzept sowie von Kreisen und Gemeinden eigene Klimaschutzstrategien und Wärmekonzepte. Darüber hinaus richtet er seinen Blick auch auf Gebäudeeigentümer, Landwirtschaft und Förderprogramme. Vertiefend beraten wird der Entwurf jedoch nicht: Die Landtagsmehrheit stimmte gegen eine Überweisung in die Ausschüsse.

„Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache“, resümierte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE): Mit einem unverbindlichen Aktionsplan komme der Klimaschutz in MV nicht voran. „Deshalb lassen Sie uns ein Klimaschutzgesetz mit ambitionierten Minderungszielen auf den Weg bringen!“ Die einzelnen Schritte soll die Landesregierung mit breiter Beteiligung aus Wissenschaft, Wirtschaft, Vereinen und Bürgern erarbeiten und in einem Energie- und Klimakonzept bündeln. „Unser Gesetzentwurf schreibt nicht jede Einzelmaßnahme fest. Er steckt den Rahmen ab und konzentriert sich auf Schwerpunktbereiche, die nach unserer Meinung am



Mit Stromerzeugung mittels Windkraftanlagen soll wie hier an der Autobahn 24 südlich von Schwerin der Anteil der CO₂-Emissionen reduziert werden. Foto: Jens Büttner

effektivsten zum Klimaschutz beitragen können.“ Dazu gehöre auch ein kostenloser ÖPNV, mehr Wald, mehr ökologischer Landbau und mehr erneuerbare Energien im Gebäudesektor. „Hier wollen wir bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand erreichen. Und das geht nur, wenn wir den privaten Bereich mit einbeziehen.“ Die Umsetzung der Ziele soll von einem neu zu bildenden Klimarat begleitet werden. Und sie müsse sozial gerecht verlaufen, betonte Schwenke.

Dass ein Gesetz den Klimaschutzzielen des Landes mehr Verbindlichkeit verleihen würde, wies Energieminister **Christian Pegel** (SPD) nicht von der Hand. Eine derart vielschichtige Regelung aber noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg zu bringen, sei nicht realistisch. „Ich befürchte, dass wir an der Stelle nicht bis zum Ende kommen werden.“ Anders als DIE LINKE würde er inhaltlich auch nicht auf Thüringen blicken, sondern auf die viel detaillierteren Regelungen von Hamburg. Größere Städte und Gemeinden in MV hätten bisweilen bereits aus eigenem Antrieb Klimaschutzstrategien und Wärmeschutzkonzepte entwickelt. Alle Kommunen, unabhängig von ihrer Größe, zu entsprechenden Konzepten zu verpflichten? „Ich bin mir bei unserer spezifischen Gemeindestruktur nicht sicher, ob sich das so durchhalten ließe.“

Das Ziel, bis 2050 ein klimaneutrales Bundesland zu sein, würde er unterschreiben. Der Weg dahin sei momentan allerdings etwas beschwerlich. Die Energiewende gelinge nun mal nicht mit einem Schnipsen oder Zaubern.

„Wenn man hier so zuhört, möchte man meinen, in der nächsten Legislaturperiode brauchen wir hier gar keine Grünen – denn wir haben ja die Linken“, meinte **Christoph Grimm** (AfD). Er warf den Linken vor, sich als „CO₂-Streber“ aufzuspielen und bereits Wahlkampf zu betreiben. „Mit ihrem Gesetzentwurf will DIE LINKE grüne Stimmen einsammeln, denn Klimahysterie und Trendanalyse lassen hier auf fette Beute hoffen.“ Die geplanten Verschärfungen kämen einer „Ökodiktatur“ gleich und würden in der Konsequenz viel Wohlstandsverzicht bedeuten. Wärmeeanalysen, Monitoring, klimaneutrale Gebäudebestände: „Wer trägt hierfür eigentlich die Kosten?“ Ob Strompreis, Heizkosten oder Mobilität: Die Bundesbürger müssten schon jetzt für die Energiewende sehr tief in die Tasche greifen. „Wollen Sie, dass Energie zum Luxusgut wird?“ Dass der Gesetzentwurf bei den Emissionseinsparungen über die Vorgaben der Bundesregierung hinaus gehe, sei „ein Stück aus dem Tollhaus“. Mit Energiepolitik wie dieser schaffe sich Deutschland als Industrienation ab.

„DIE LINKE will offensichtlich im landespolitischen Streben als Klassenbeste hervorgehen und die Grünen links überholen“, sagte **Dietmar Eifler** (CDU). Er sprach von einem „Übermaß an Regelungen“, das in nahezu alle Lebensbereiche eingreife und zusätzliche Belastungen für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung mit sich bringe. Aus seiner Sicht unnötige Belastungen: Die bestehenden Vorgaben von Bund, Land und der EU reichten aus, um Klimaschutz effektiv und flexibel umzusetzen. „Ein weiteres Strangulieren all der Bereiche wird es mit meiner Fraktion nicht geben.“ MV sei kein typisches Industrieland. „Wir haben keine rauchenden Schornsteine.“ Er sprach den Linken ab, es mit dem Gesetzentwurf ernst zu meinen – andernfalls hätten sie ihn nicht erst zum Ende der Legislaturperiode eingebracht. Die augenscheinliche Vorlage, das Klimaschutzgesetz von Thüringen, gebe es schließlich schon seit 2018. Seiner Meinung nach wolle sich DIE LINKE lediglich auf Kosten von Wirtschaft, Verbrauchern und Verwaltung profilieren.

„Sie suggerieren hier, unser kleines Land könne die Welt quasi im Alleingang retten“, wandte **Holger Arppe** (fraktionslos) gegen den Gesetzentwurf ein. „Das winzige Minus in MV bei den Treibhausgasemissionen würde umgehend wettgemacht durch ein leichtes Aufdrehen in Amerika oder anderswo.“ Die Kosten hierzulande wären immens, der Einfluss auf das Klima gleich null. Das Gesetz rette nicht das Klima, sondern „stranguliert

die ökonomischen Grundlagen unseres Wohlstandes“. Seine Vermutung: „Es geht den Akteuren gar nicht um die Sache, sondern um den Umbau der Gesellschaft.“

Die SPD stand einem Klimaschutzgesetz für MV grundsätzlich offen gegenüber. Einer Überweisung in die Ausschüsse könne seine Fraktion aber trotzdem nicht zustimmen, machte **Thomas Würdich** geltend. Er führte dafür zwei Gründe an. Erstens: fehlendes Einvernehmen mit dem Koalitionspartner. Zweitens: inhaltliche Bedenken. „Natürlich wäre es hervorragend, wenn wir in jedem Landkreis und in jeder Gemeinde Klimaschutzstrategien hätten.“ Viele von ihnen könnten das personell aber gar nicht leisten. Die Finanzierung lade der Gesetzentwurf beim Land ab, wie das bezahlt werden soll, bleibe offen. Er sehe hier noch großen Beratungsbedarf – der bis zum Ende der Legislatur nicht zu bewältigen sei. „Unserer Auffassung nach ist es mit Blick auf die notwendige Beteiligung der zahlreichen Betroffenen nicht möglich, den Gesetzentwurf in gut 125 Tagen in den Ausschüssen zu beraten und dann zur letzten ordnungsgemäß geplanten Sitzung im Juni wieder hier im Landtag aufzurufen.“ Ziel seiner Fraktion sei, ein solches Gesetz mit Nachdruck zu Beginn der nächsten Legislaturperiode anzupacken.

Zu wenig Zeit für ausführliche Beratungen? Das Argument ließ **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE) nicht gelten. Der Landtag habe sich in der heutigen Sitzung schließlich auch mit anderen Gesetzen in erster Lesung befasst. „Die müssen wir ja auch ausführlich und gründlich diskutieren.“ Viele Punkte aus dem vorgeschlagenen Klimaschutzgesetz seien außerdem bereits an anderen Stellen ausführlich im Parlament diskutiert worden. „Das ist überhaupt nichts, was Ihnen jetzt völlig neu vom Himmel fallen dürfte.“ Ihre Fraktion werde jetzt nicht still auf die zweite Lesung des Gesetzentwurfs warten. „Wir werden eine eigene Anhörung machen. Und ich lade schon heute die Grünen des Landes ein, dazu mit beizutragen.“

Die Mehrheit des Landtags lehnte es ab, den Gesetzentwurf zu weiteren Beratung in die Ausschüsse zu überweisen. Damit wird er spätestens nach drei Monaten zur zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.

*Gesetzentwurf DIE LINKE
Drucksache 7/5737*

Stichwort: Klimaneutralität

Klimaneutralität bedeutet, dass ein Produkt oder eine Tätigkeit keine klimaschädigende Wirkung hat. Dies kann auf zwei Wegen erreicht werden. Zum einen, indem man bei der Herstellung eines Produktes oder der Ausübung einer Tätigkeit so gut es geht Treibhausgase vermeidet. Zum anderen, indem ausgestoßene Gase an anderer Stelle durch Klimaschutzprojekte entsprechend kompensiert werden – zum Beispiel durch Emissionshandel. (Quellen: Bundesregierung und Deutsche Umwelthilfe)

Stichwort: Klimaschutzziele

Der Bund verabschiedete Ende 2019 ein Klimaschutzgesetz für Deutschland. Ausgangspunkt ist das Pariser Klimaabkommen, das vorsieht, den globalen Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Das Bundesgesetz schreibt fest, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2030 um mindestens 55 Prozent zu senken. Der Ausgangswert dafür ist das Jahr 1990. Im Fokus der Handlungsfelder liegen die Bereiche Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft. Begleitend dazu wurde ein Expertenrat eingerichtet. Der Bund setzt sich im Gesetz zum Ziel, die

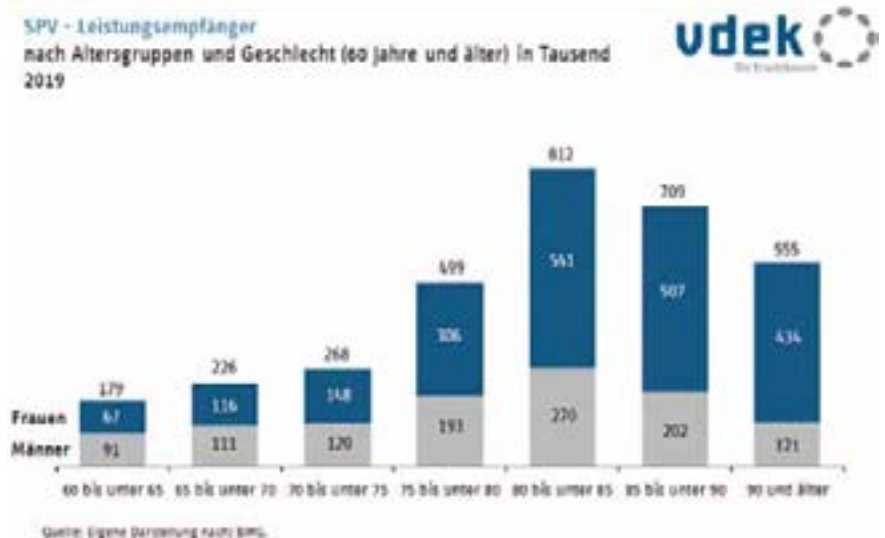
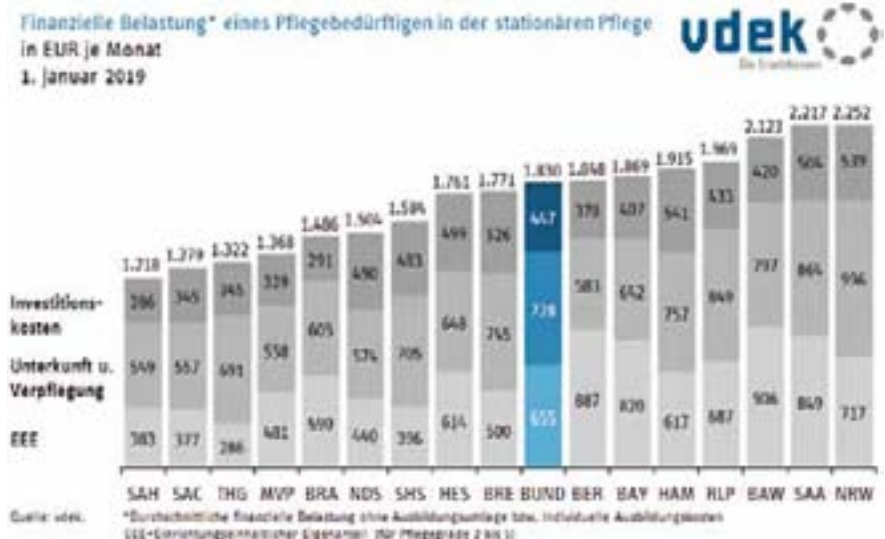
Bundesverwaltung bis 2030 klimaneutral zu organisieren. Das Bundesgesetz erlaubt es den Ländern ausdrücklich, eigene Klimaschutzgesetze zu erlassen. Diese Bundesländer haben bislang davon Gebrauch gemacht: Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Berlin, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Bremen. Andere Bundesländer – Hessen und Sachsen-Anhalt zum Beispiel – haben ihre Ziele in Klimaschutzplänen oder -konzepten verankert. Der Gesetzentwurf der Linken in MV orientiert sich laut Antragsteller maßgeblich am Gesetz von Thüringen.

1600 Euro fürs Pflegeheim

Eigenanteile steigen / DIE LINKE
drängt auf Entlastungen

In einem Pflegeheim zu leben, wird für Bewohner in MV von Jahr zu Jahr teurer. Zum Jahresbeginn mussten sie im Schnitt monatlich 1622 Euro bezahlen. Damit ist der Eigenanteil basierend auf den Zahlen des VDEK (Verband der Ersatzkassen e.V.) binnen Jahresfrist um 180 Euro gestiegen. Zum Vergleich: Die Durchschnittsrente in MV liegt bei 1200 Euro. Viele sind auf Sozialhilfe angewiesen. DIE LINKE forderte, diese Spirale zu stoppen. Der von Bundesgesundheitsminister Spahn vorgelegte Gesetzentwurf für eine Pflegereform geht ihnen dabei nicht weit genug. Sie forderte die Landesregierung auf, die in den Eigenanteilen enthaltenen Investitionskosten in voller Höhe zu übernehmen und die Ausbildungszuschläge landesweit auf maximal 50 Euro zu begrenzen. Mit Blick auf die angestrebte Pflegereform hält sie es für geboten, die pflegebedingten Kosten zunächst auf 400 Euro zu begrenzen und ab 2022 gänzlich abzuschaffen. Die Koalitionsfraktionen lehnten Extra-Kosten für das Land ab und verwiesen auf den Bund.

Die Eigenanteile seien ein Fass ohne Boden und kürzlich erneut gestiegen, hob **Torsten Koplín** (DIE LINKE) hervor. Summen zwischen 1700 und 2000 Euro seien auch in MV keine Seltenheit mehr. „Mir ist kein anderer Lebensbereich bekannt, der in der kurzen Frist solch eine Teuerungsrate aufweist wie die stationäre Heimunterbringung.“ Hier sei dringender Handlungsbedarf geboten, auch seitens der Landespolitik. Immerhin machten die Investitionskosten rund ein Drittel des Eigenanteils aus. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung bringe in seiner jetzigen Form kaum eine Entlastung für Bürger in MV. Darin sollen die pflegebedingten Kosten erst bei 700 Euro gedeckelt werden und nach drei Jahren



Heimaufenthalt entfallen. „Wie viele sind denn drei Jahre in einem Alten- und Pflegeheim?“ Er kritisierte, dass die Ende 2019 gegründete Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung noch nicht einmal getagt habe. „Das ist ein Unding.“

Pflegebedürftig zu werden, berge für viele Bürger ein Armutsrisiko, pflichtete Energieminister **Christian Pegel** (SPD) in Vertretung für Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) bei. „Die bisherige Pflegeversicherung stößt hier an ihre Grenzen.“ Die Sozialministerin trete diesbezüglich seit Langem für Verbesserungen ein, so Pegel. „Aber das kann MV leider nicht allein bewerkstelligen.“ Hier sei der Bund gefragt. Dieser habe bislang aber keine Kooperationsbereitschaft gezeigt. „Vielleicht legte das Bundesgesundheitsministerium Ende 2020 ein Eckpunktpapier vor, das nicht mit den Ländern abgestimmt war.“ Die darin vorgeschlagene

Deckelung werde für die Menschen in MV kaum spürbar sein, weil die entsprechenden Eigenanteile im Schnitt unter den avisierten Beträgen lägen. Hier müsse nachverhandelt werden. Dem Land die Investitions- und Ausbildungskosten aufzudrücken, lehnte er ab. Das wären jährlich mindestens 90 Millionen Euro. Ausgaben, die mit Blick auf die Pandemie-Kosten nicht stemmbar seien. „Sie wissen, wie sehr das Land sich strecken muss, um diese Maßnahmen zu finanzieren.“

„Man erkennt eine Gesellschaft, wie sie mit ihren Jungen und wie sie mit ihren Alten umgeht, habe ich mal gehört. Und da glänzt Deutschland nicht“, meinte **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD). Familien mit hohen Eigenanteilen zu schröpfen, komme einer Enteignung im Alter gleich. Natürlich seien solche Entlastungen auch eine Frage des Geldes. Eine Diskussion, die man auf Kosten

Stichwort: Pflegereform

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat für 2021 eine Pflegereform angekündigt und Ende des vergangenen Jahres ein Eckpunktepapier dazu vorgelegt. Das sieht unter anderem vor, den Eigenanteil für die stationäre Pflege auf maximal 700 Euro zu begrenzen und eine Zeit von drei Jahren. Danach soll der Eigenanteil komplett entfallen.

Dieser Eigenanteil für Pflege umfasst nicht die Kosten für Unterkunft und Verpflegung und liegt in MV zumeist unter 700 Euro. Der Bund plant zudem, die Länder bei den Investitionskosten stärker in die Pflicht zu nehmen – indem sie für jeden pflegebedürftigen Heimbewohner einen monatlichen Zuschuss von 100 Euro zahlen. In MV liegen die Investitionskosten im Schnitt bei rund 340 Euro.

Stichwort: Eigenanteile

Wer gesetzlich oder privat pflegeversichert ist, hat Anspruch auf Leistungen aus der Pflegeversicherung. Wie hoch diese sind, richtet sich nach dem Pflegegrad. Die Kosten für eine stationäre Pflege sind in der Regel aber höher als der Zuschuss der Pflegekassen. Diese Differenz müssen die Pflegebedürftigen selbst bezahlen. Dieser sogenannte Eigenanteil setzt sich aus verschiedenen Posten zusammen. Dazu gehören Unterkunft, Verpflegung, Investitionskosten sowie ein sogenannter einrichtungseinheitlicher Eigenanteil. Letzterer ist eine Pauschale, die innerhalb eines Heimes für alle Bewohner gleich hoch ist, unabhängig vom Pflegegrad. Auch Kosten für die Ausbildung von Personal können auf die Heimbewohner umgelegt werden. Und natürlich individuelle Zusatzleistungen wie Einzelbettzimmer. Im Bundesdurchschnitt betragen die Eigenanteile zum Jahresbeginn 2068 Euro. Den statistisch gesehen niedrigsten Betrag müssen Pflegeheimbewohner in Sachsen-Anhalt zahlen: 1465 Euro. Danach folgt MV mit 1622 Euro. Am teuersten ist eine Heimunterbringung in Nordrhein-Westfalen: Hier liegt der Durchschnitt laut VDEK bei 2460 Euro. (Quelle: www.vdek.com)

der Pflegekräfte, der Allgemeinheit, der Solidarität oder unkontrollierter Einwanderung führen könne. „Sie müssen entscheiden, was der richtige Weg ist.“ Auch seine Fraktion halte es für wichtig, den medizinischen Anteil in der Pflege von der Pflege- auf die Krankenkasse zu übertragen. „Da entsteht wesentlich mehr Planungssicherheit und die Kosten kommen da hin, wo sie auch hingehören.“ Er berichtete aber auch von Leuten, die wegen der Pflegekosten aus anderen Bundesländern nach MV gezogen seien. „Hier laufen wir Gefahr, dass wir noch zusätzlich überaltern oder vielleicht unsere eigenen Pflegeheime überlasten.“

Maika Friemann-Jennert (CDU) warb um eine gesamtheitliche Lösung. Um die Beiträge für die Pflegeversicherung auf einem stabilen Niveau zu halten, habe man sich bei ihrer Einführung 1995 ganz bewusst gegen eine Vollversicherung entschieden. Davon abzurücken, würde die Beiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber rasant steigen lassen. „Das lehnen wir vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit und auch aus wirtschaftspolitischer Sicht ab.“ Die medizinische Behandlung in die Zuständigkeit der Krankenkassen zu legen, würde ebenfalls zu höheren Beiträgen führen. Bei den Vorschlägen für die Landesebene bleibe DIE LINKE eine Antwort darauf schuldig, wie das finanziert werden solle. „Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Auch ich möchte, dass Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner nach einem langen Arbeitsleben nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein müssen. Eine Entlastung auf der einen Seite darf jedoch nicht dazu führen, dass auf der anderen Seite unverhältnismäßige Belastungen entstehen.“ Handlungsgrundlage für ihre Fraktion werde deshalb die Pflegereform des Bundes sein.

Jörg Heydorn (SPD) machte darauf aufmerksam, dass 36 Prozent der Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen von Sozialhilfe abhängig seien. „Das ist eine Sache, die kann keiner wollen. Das ist auch gegen das erklärte Ziel der Pflegeversicherung.“ Das Gros der Änderungsmöglichkeiten liege aber auf der Bundesebene. Eine der wenigen Stellschrauben, an denen MV selber drehen könnte, wären die Investitionskosten. Dafür gebe es derzeit aber keinen Handlungsspiel-

raum. „Mecklenburg-Vorpommern hat Corona-bedingt 2,85 Milliarden Euro Schulden gemacht. Damit werden wir in den nächsten Jahren umgehen müssen.“ Er betonte, dass ein Teil der steigenden Eigenanteile auch auf bessere Löhne für Pflegekräfte zurückzuführen sei. „Das ist ja ein Stück weit Ursache und Wirkung“ und bedinge einander. Im Gegensatz zur CDU sprach er sich dafür aus, die medizinische Behandlungspflege den Krankenkassen zuzuordnen. „Das wäre für die Leute und die Einrichtungen eine deutliche Entlastung.“ Er sei gespannt, inwieweit der Bund die Länder bei den Investitionskosten in die Pflicht nehmen werde.

Torsten Koplin (DIE LINKE) würdigte die sachbezogene Debatte. „Inhaltlich hatte ich mich darauf eingestellt, dass Sie ein Genervtsein zum Ausdruck bringen.“ Enttäuscht sei er aber darüber, wie sehr die Koalition darauf baue, dass der Bund die Probleme löse. „Das Eckpunktepapier ist beschriebenes Papier und möglicherweise diskussionswürdig, löst aber das Problem nicht.“ Die durchschnittliche Rente in MV habe im vergangenen Jahr 1207 Euro betragen – ein Plus zum Vorjahr von 50 Euro. „Die Renten steigen bei Weitem nicht in dem Maße wie die Eigenanteile.“ Dass 36 Prozent der Heimbewohner auf soziale Hilfen angewiesen seien, könne niemanden kalt lassen. Vor dem Hintergrund, dass offenkundig der Bund in der Arbeitsgruppe mit den Ländern mauere, appellierte er an die Ministerpräsidentin, bei der Bundeskanzlerin ein Engagement von Minister Spahn einzufordern.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) versicherte, das Thema mit nach Berlin zu nehmen und kündigte an, gegebenenfalls auch eine Bundesratsinitiative zu prüfen. Das Land stärker in die Pflicht zu nehmen, hielte sie ordnungspolitisch und finanziell für problematisch. „Das würde uns überfordern.“

DIE LINKE, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten stimmten dem Antrag zu. SPD und CDU lehnten ihn ab.

Antrag DIE LINKE
Drucksache 7/5741

Landtag lehnt Gaskraftwerk in MV ab

AfD warnt vor Zusammenbruch der Stromversorgung

■ Die AfD sorgt sich um die Stromversorgung in MV. Ihre Argumentation: Der Anteil erneuerbarer – und damit auch wetterabhängiger – Energien steigt. Der Strombedarf auch. Der gleichzeitige Ausstieg aus Kern- und Kohleenergie ist beschlossen. Damit steige das Risiko von Blackouts, also großflächigen Stromausfällen. Um dem entgegenzuwirken, schlug die Oppositionsfraktion vor, ein Gaskraftwerk zu errichten. Ihre Forderung an die Landesregierung: Die dafür nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen und entsprechende Vorhaben mit zügigen Verwaltungsentscheidungen zu unterstützen. Der Antrag fand keine Mehrheit im Parlament.

Die Bundesrepublik steuere auf eine zunehmend gefährliche Lage zu, warnte **Christoph Grimm** (AfD). Die Gefahr eines Blackouts sei real und wachse stetig. Als Beispiel verwies er auf den 8. Januar 2021. An diesem Tag sei die Netzfrequenz schlagartig von knapp über 50 Hertz auf 49,7 Hertz gesunken. Um Schwankungen wie diese auszugleichen, werde die Schwungmasse großer Generatoren benötigt. „Windenergieanlagen oder gar Photovoltaik sind dazu nicht in der Lage. Je größer also der Anteil dieser Energieformen, umso kleiner die Fähigkeit des Netzes, sich quasi selbst zu heilen.“ Um die Versorgung abzusichern, benötige MV deshalb möglichst schnell ein modernes Gaskraftwerk, vorzugsweise in Lubmin. „Gaskraftwerke sind aufgrund ihrer technischen Eigenschaften besonders dafür geeignet, kurzzeitig Schwankungen bei Photovoltaik- oder Windenergieanlagen auszugleichen.“ MV befände sich damit in guter Gesellschaft, denn auch Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen planten oder bauten bereits solche Anlagen.



Foto: Jens Büttner

Im Hafen von Mukran lagern die Rohre für die Erdgaspipeline Nord Stream 2. Diese soll einmal russisches Gas nach Lubmin transportieren.

„Wir sind weit von jeder Katastrophe weg“, widersprach Energieminister **Christian Pegel** (SPD). Die jährliche Stromunterbrechung befinde sich auf einem historisch niedrigen Wert. Bundesweit liege er bei 12,2 Minuten. In MV, dem Bundesland mit der höchsten Dichte an erneuerbaren Energien, seien es sogar nur 10,3 Minuten. „Die resultieren im Übrigen nicht aus ausgefallenen Kraftwerken, sondern im Regelfall aus zu großen Baggerschaukeln, die zu tief im Boden waren, oder aus einer Leitung, die nicht im Plan stand.“ Auch der 8. Januar habe überhaupt nichts mit erneuerbaren Energien zu tun gehabt. Hier seien binnen 14 Sekunden schlicht große, konventionelle Kraftwerke in Südosteuropa ausgefallen. „Das kriegt auch kein Gaskraftwerk in 14 Sekunden hochgefahren.“ Er sprach sich dafür aus, Gaskraftwerke vor allem dort zu bauen, wo es nicht genügend erneuerbare Energien gebe. „Das ist insbesondere der Süden und der Südwesten unserer Republik.“

Dietmar Eifler (CDU) kritisierte, dass die AfD den Stromausfall in Südosteuropa zum Anlass für den Antrag nehme, ihn dann aber im Raum stehen lasse, ohne Ursache und Ausgangssituation näher zu erläutern. Die Bundesnetzagentur habe deutlich gesagt, dass die Versorgungssicherheit in Deutschland nicht gefährdet gewesen sei. „Das ist auch noch mal eine ganz wichtige Feststellung im Zusammenhang mit diesem Antrag.“ Er könne auch nicht erkennen,

dass die Landesregierung Bedenken gegen Gaskraftwerke habe. Der Minister habe in der Fragestunde aber auch deutlich gemacht, dass derzeit gar keine Anträge zum Bau von Gaskraftwerken vorlägen. „Also erschließt es sich mir auch nicht, in welcher Weise das Ministerium oder die Landesregierung da tätig werden soll oder könnte.“ So lange kein Antrag da sei, könne man darüber auch nicht entscheiden. Weshalb es notwendig sein soll, die Rahmenbedingungen zu ändern, könne er ebenfalls nicht erkennen. „Von daher werden wir Ihren Antrag ablehnen.“

Holger Arppe (fraktionslos) betonte, dass erneuerbare Energien auch noch aus einer anderen Sicht problematisch werden könnten: Ohne Wind kein Strom. „Der kommt dann woanders her, aus französischen, polnischen oder niederländischen Atomkraftwerken.“ Weht der Wind dann wieder, werde plötzlich extrem viel Strom in die Netze gedrückt. Auch das befördere einen Blackout. „Die Bundesregierung ist sich offensichtlich des Umstandes bewusst, dass wir in Zukunft Probleme mit der Stromversorgung bekommen werden.“ Andernfalls hätte sie kein „Stromrationsgesetz“ auf den Weg gebracht. Er meint damit das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das unter anderem für Gebäude und Anlagen Smart-Meter vorsieht – und damit, so Arppe, kontrollierte Stromausfälle ermögliche.

„Sie sind perfekte Schwarzmalerei“, entgegnete **Philipp da Cunha** (SPD) der AfD. Die Verbesserung der Netze habe in den vergangenen Jahren zu deutlich weniger Stromausfällen geführt – „obwohl wir mehr Energien im neuen Netz haben“. Beim Ausfall des Netzes am 8. Januar hätten sechs Gigawattstunden gefehlt. „Sechs Gigawattstunden kann auch keine Schwungmasse hier vor Ort ausgleichen.“ Da die AfD in ihrem Antrag lediglich von einem Gaskraftwerk rede, könne damit nur ein Großkraftwerk gemeint sein. „Ein solches Bekenntnis halte ich aktuell für falsch.“ MV benötige keine riesigen, sondern viele kleine, dezentrale Einheiten, die sich mit wachsendem Angebot vom fossilen Erdgas auf klimaneutrales Biogas umstellen ließen. „Alles andere wäre für unser Land schlichtweg überdimensioniert.“ Nicht zu vergessen: „Die Landesregierung ist weder für die Planung noch für den Bau von Großkraftwerken zuständig.“ Sein Fazit: „Sie stellen Forderungen auf, ohne sich mit der Frage zu beschäftigen, ob diese überhaupt sinnvoll sind.“ Einem solchen Antrag könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Deutschland sei vom Netzausfall in Südosteuropa nicht betroffen gewesen, weil es aus dieser Region keinen Strom importiere, argumentierte **Bert Obereiner** (AfD). „Aber was passiert in dem Moment, wo Deutschland auf Importe aus einem abzuriegelnden Gebiet abhängig ist und dort kommt es dann zu einem Blackout?“ Die Spitzenlast in Deutschland liege derzeit bei rund 80 Gigawatt. „Durch den Atom- und Kohleausstieg werden wir in den nächsten 17 Jahren 50 Gigawatt dieser gesicherten Kraftwerksleistung stilllegen.“ Diese Lücke lasse sich doch nicht allein mit einer höchst volatilen Erzeugung von Wind- und Sonnenstrom schließen – erst recht nicht, wenn es dafür noch gar keine ausreichenden Speichermöglichkeiten gebe. Wenn es dann weder Kernenergie, noch Kohlekraft noch Erdöl sein soll, bleibe als zusätzliche Energiequelle nur Erdgas. Die geringen Stromausfallzeiten führte er auf das gute Energiesystem der vergangenen Jahrzehnte zurück, das nun aus seiner Sicht überstürzt und fragwürdig umgebaut werde.

Am Ende der Debatte stimmten die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten für den Antrag. SPD, CDU und DIE LINKE lehnten ihn ab.

Antrag AfD
Drucksache 7/5730

Stichwort: Strommix

Strom wird aus unterschiedlichen Energiequellen und Energieträgern, also einem Strommix, gewonnen. Die erneuerbaren Energien produzierten dabei im vergangenen Jahr zum ersten Mal mehr als 50 Prozent des deutschen Strommixes: Ihr Anteil an der Nettostromerzeugung, also dem Mix, der tatsächlich von den Verbrauchern genutzt werden kann, ist im Vergleich zu 2019 von 46 auf 50,5 Prozent gestiegen. Das entspricht 246 Terrawattstunden (TWh) Strom. Die konventionellen Energiequellen lieferten 242 TWh. Im Detail setzte sich der Strommix im vergangenen Jahr so zusammen:

Erneuerbare Energien

Windkraft:	27 %	(32 TWh)
Photovoltaik:	10,5 %	(51 TWh)
Biomasse:	9,3 %	(45 TWh)
Wasserkraft:	3,7 %	(18 TWh)

Konventionelle Energien

Braunkohle:	16,8 %	(82 TWh)
Kernenergie:	12,5 %	(61 TWh)
Erdgas:	12,1 %	(59 TWh)
Steinkohle:	7,3 %	(36 TWh)
Öl:	0,3 %	(2 TWh)
Andere:	0,5 %	(3 TWh)

Welcher Strommix zu Hause durch die Steckdose fließt, hängt vom Stromversorger ab. Dieser ist verpflichtet, die Zusammensetzung auf seiner Internetseite anzugeben.

(Quelle: Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE; www.ise.fraunhofer.de)

Debatte über Lockerungen für Geimpfte

AfD fordert Bundesratsinitiative gegen indirekte Corona-Impfpflicht

■ Die Impfungen gegen Corona haben begonnen. Und damit auch Diskussionen darüber, ob geimpfte Menschen eher zu allen Grundrechten zurückkehren, also zum Beispiel ins Restaurant oder Theater gehen dürfen als ungeimpfte. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) schließt perspektivisch Lockerungen für Geimpfte nicht aus. Eine Fluggesellschaft hat bereits angekündigt, nur noch geimpfte Passagiere zu befördern. Die AfD sieht darin eine Gefahr für die Freiwilligkeit der Impfung. Sie forderte von der Landesregierung eine Bundesratsinitiative, die eine indirekte Impfpflicht gesetzlich ausschließt – über entsprechende Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. SPD, CDU und DIE LINKE lehnten das ab.

„Solange nicht sichergestellt ist, dass jeder, der das möchte, auch geimpft werden sein kann, verbieten sich jegliche Diskussionen über Privilegien für Geimpfte“, sagte **Prof. Dr. Ralph Weber** (AfD). Auch wisse gegenwärtig niemand, ob geimpfte Personen andere noch anstecken können. Nicht zu vergessen diejenigen, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können. „Sie müsste man ähnlich wie beim Maskenzwang mit irgendeiner medizinisch nachweisbaren Indikation wohl ausnehmen.“ Das rasante Tempo bei der Entwicklung des Impfstoffs schüre bei manchen auch Skepsis über die Ungefährlichkeit der Impfung. Das könne man nicht einfach negieren. Er warnte vor einer Zweiklassengesellschaft, die Nicht-Geimpfte diskriminiere. „Keiner von uns möchte irgendjemanden davon abhalten, sich gegen Corona oder andere Krankheiten impfen zu lassen. Wir lehnen aber jeden sozialen oder finanziellen Druck in diese Richtung ab.“



Zum Jahreswechsel wurde in Deutschland begonnen, die ersten Menschen gegen Corona zu impfen. Mittlerweile sind verschiedene Impfstoffe zugelassen. Auf dem Bild wird eine Spritze mit dem Impfstoff von BioNTech/Pfizer vorbereitet.

„Seien wir doch froh, dass die Wissenschaft innerhalb von zehn Monaten Impfstoffe entwickelt hat, an die vor drei Monaten noch kaum einer geglaubt hat“, entgegnete Gesundheitsminister **Harry Glawe** (CDU). Nach seinem Dafürhalten sei die Impfung die beste Maßnahme, um die Pandemie zurückzudrängen, schwere Krankheitsverläufe zu verhindern und in ein normales Leben zurückzukehren. „Das ist doch die Zukunftsperspektive.“ Ziel sei, bis Ende des Sommers eine breite Durchimpfung erreicht zu haben. Eine hohe Impfbereitschaft schütze am Ende auch Impfgegner und jene, die aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden können. Der Minister rief deshalb zu „Maß und Mitte“ auf und appellierte daran, zusammenzustehen. „Wir sind eine Gesellschaft; und in dieser Gesellschaft brauchen wir Solidarität. Und in dieser Gesellschaft wird es auch keine zwei Klassen geben.“

„In der gegenwärtigen Situation sind wir gegen Sonderregelungen“, erläuterte **Torsten Koplín** die Position für DIE LINKE. „Wir haben gar nicht die Impfquote, die uns in die Lage versetzt, ernsthaft darüber nachzudenken, ob Sonderrechte eine Möglichkeit wären oder nicht.“ Der Antrag berühre einen sensiblen ethischen Punkt, bei dem viele Abwägungen zu berücksichtigen seien. Zum Beispiel, ob Sonderrechte für Geimpfte die allgemeine Akzeptanz der Einschränkungen schmälern könnten. Oder ob der naturwissenschaftlich-medizinische

Sachstand für entsprechende Lockerungen spreche. Er hielt der AfD vor, in ihrer „Phantomdiskussion“ Abwägungen wie diese unberücksichtigt zu lassen und gleich rechtliche Regelungen schaffen zu wollen. Das lehne seine Fraktion ab, auch deshalb, weil es vorher eine gesellschaftliche Debatte dazu geben müsse. „Die ist noch nicht mal in Fahrt.“

Die SPD äußerte großes Unverständnis für den Antrag. „Wir kämpfen gerade dafür, überhaupt genügend Impfstoff zu haben“, so **Julian Barlen**. „Was soll das jetzt, hier im Landtag von MV über eine Impfpflicht zu schwadronieren?“ Er warf der AfD vor, die Bühne des Landtags zu nutzen, um Desinformation und Destabilisierung in MV voranzutreiben. Er forderte die AfD auf, als gewählte Volksvertreter die Lage der Menschen im Land zu verbessern und sich für ausreichend Impfstoff einzusetzen, anstatt eigennützige Phantomdebatten zu führen, Schutzmaßnahmen zu torpedieren und Ängste zu schüren. Die Impfbereitschaft in MV sei sehr hoch. „Was wir jetzt brauchen, ist schnell viel mehr Impfstoff, damit die hohe Impfbereitschaft auch zu einer hohen Impfquote führen kann. Dafür setzen wir uns ein. Was wir jetzt nicht brauchen, ist eine obstruktive Theorie-debatte über eine Impfpflicht, die außer der AfD im Moment niemand führt.“

Der Antrag sei alles andere als weit hergeholt, widersprach **Holger Arppe** (fraktionslos). Schließlich habe Heiko

Maas selbst die Diskussion eröffnet, Grundrechte erst einmal jenen wieder zuzuerkennen, die sich haben impfen lassen. „Da haben wir das Ganze ja schon mal von offizieller Seite.“ Der Antrag der AfD liege daher völlig richtig.

„Diese Debatte kommt viel zu früh“, meinte **Sebastian Ehlers** (CDU). Er habe kein Verständnis, dass sich führende Mitglieder der Bundesregierung an solchen Diskussionen beteiligten. „Das verunsichert die Menschen bei uns im Land.“ Man sollte sich jetzt erst einmal darauf konzentrieren, gut durchzuimpfen. Aus Sicht seiner Fraktion könne es keine mittelbare Impfpflicht geben. „Wir sehen das kritisch, können uns auch nicht vorstellen, dass man dort eine Zweiklassengesellschaft macht.“ In Bezug auf privatrechtliche Verträge werde das sicherlich noch zu spannenden Debatten führen. Diese sollten aber erst ab einer gewissen Durchimpfungsrate geführt werden. So lange nicht klar sei, ob Geimpfte das Virus weitertragen können oder nicht, erübrige sich eine Debatte über Lockerungen ohnehin. Sein Appell: „Nehmen Sie die Impfangebote an, die Sie bekommen. Umso schneller kommen wir dann auch wieder in den Bereich der Normalität zurück.“

„Wissen Sie eigentlich, wie viel Zeit es in Anspruch nimmt, eine Änderung des BGB durchzubringen?“, fragte **Prof. Dr. Ralph Weber** (AfD). Würde jetzt eine Bundesratsinitiative starten, wäre das Gesetz – eine Mehrheit vorausgesetzt – mit viel Glück Ende des Jahres geändert. „Rechtsänderungen in einem solchen Ausmaß bedürfen eben einer gewissen Zeit. Von Unzeit kann also überhaupt keine Rede sein.“ Sich um genügend Impfstoff zu kümmern und die Forschung weiter voranzutreiben – das behindere der Antrag in keiner Weise. Mit dem Antrag eine Corona-Skepsis zu befördern, wies er ebenfalls zurück. Er wünsche der Initiative Corona-Impfung so viel Erfolg wie möglich. „Wir haben uns nur dafür eingesetzt, dass eine Diskriminierung derjenigen, die sich aus welchen Gründen auch immer gegen eine Impfung entscheiden, nicht stattfindet.“

Antrag AfD
Drucksache 7/5731

Es braucht weiter Geduld

Landtag steht mehrheitlich hinter Verlängerung des Lockdowns

■ In Ferien tagt der Landtag normalerweise nicht. In den Winterferien machte er eine Ausnahme. Am 11. Februar kam er zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen. Auf Antrag der Landesregierung beriet das Parlament über die aktuelle Corona-Lage. Anlass dafür waren die am Tag zuvor vereinbarten Beschlüsse aus dem Bund-Länder-Gipfel, über die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in einer Regierungserklärung den Landtag und die Öffentlichkeit informierte. SPD, CDU und DIE LINKE unterstützten die Vereinbarung, den Lockdown bis zum 7. März zu verlängern, Kitas, Schulen und Friseure aber wieder zu öffnen. In einem gemeinsamen Antrag sprachen sie sich dafür aus, darüber hinaus auch Fahrschulen von Schließungen auszunehmen. Die AfD forderte, den gesamten Lockdown zu beenden. Sie legte dazu einen eigenen Antrag vor. Darin verlangte sie auch, vor der Bund-Länder-Konferenz im Landtag über Schutzmaßnahmen zu diskutieren, anstatt danach die getroffenen Regelungen nur zu bestätigen.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) verglich die aktuelle Corona-Lage mit einem kräftigen Tauziehen: Auf der einen Seite drückten die Schutzmaßnahmen die Infektionszahlen nach unten. Auf der anderen Seite steuerten die Mutationen dagegen. Mit Varianten, die viel ansteckender seien als das bisherige Virus. „Das heißt, dass wir auf die Maßnahmen Abstand, Maske und Hygiene stärker denn je achten müssen“, verteidigte sie die Verlängerung des Lockdowns. „Es geht um die Gesundheit der Bevölkerung, aber auch darum, dass wir das Gesundheitssystem nicht überfordern.“ Sie könne verstehen, dass viele enttäuscht über den weiteren Lockdown seien. Man stehe an einem extrem kritischen Punkt. Die Menschen seien müde und verzweifelt. Nun könne man entweder aufgeben



Fotos: Uwe Sinnecker

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig während der Regierungserklärung am 11. Februar

oder durchhalten. „Ich werbe sehr für Zweiteres.“ Es bringe niemandem etwas, jetzt zu öffnen und in wenigen Wochen wieder alles dicht zu machen. „Wenn wir öffnen, brauchen wir eine sichere Basis.“ Sie betonte, dass die angestrebte 35 keine neue Inzidenz sei. „Sie ist im Bundesinfektionsschutzgesetz festgelegt.“

Die AfD hielt der Landesregierung vor, von einem Lockdown in den nächsten zu stolpern. „Eine ehrliche Zwischenbilanz würde bedeuten, die bisher verfolgte Strategie kritisch auf Nutzen und Schäden zu überprüfen“, argumentierte **Horst Förster**. „Doch davon ist die Landesregierung weit entfernt.“ Der Weg, zum Schutz vulnerabler Gruppen die ganze Bevölkerung in Haftung zu nehmen, sei falsch. Der Lockdown habe gravierende Nebenwirkungen, insbesondere für die Wirtschaft und für Kinder. „Das alles wird in Kauf genommen, ohne dass für die einzelnen Maßnahmen Studien vorliegen, die die Wirksamkeit und Notwendigkeit dieser Beschränkungen belegen.“ Die angekündigten Schulöffnungen seien „ein halbherziger Hickhack, mit dem weder der Standard eines normalen Schulbetriebs erreicht wird, noch Versäumtes nachgeholt werden kann“. Er kritisierte zudem den starken Fokus auf die Inzidenzwerte. „Es sind von der Politik gesetzte Zahlen, die nur im Zusammenhang mit einer Reihe anderer Parameter von Bedeutung sind.“ Das werde aber nicht zur Kenntnis genommen, weil das die Lockdown-Strategie ins Wanken bringen würde, so Förster.

Wolfgang Waldmüller, CDU-Fraktionschef, rief dazu auf, weiterhin die Zähne zusammenzubeißen. Erste Schritte aus dem Ausnahmezustand seien da. Die Öffnung von Friseuren möge für den ein oder anderen vielleicht entbehrlich scheinen. Haarwachs aber nun mal auch während eines Lockdowns – ebenso wie die Schwarzarbeit in diesem Bereich. Wer das Schneiden nicht selbst hinbekomme, finde in jedem Dorf jemanden, der das erledige. „Im Zweifel auch ohne Hygienekonzept. Deshalb ist es auch im Sinne des Infektionsschutzes absolut richtig, dass am 1. März die Friseure wieder öffnen.“ Der Ausweg aus der Pandemie führe aber über flächendeckendes Impfen. „Und da ist die Situation in Deutschland extrem unbefriedigend.“ Bei allem Ärger über knappe Impfstoffe mahnte er allerdings, zurückhaltend mit Schuldzuweisungen umzugehen. „Impfstoff ist etwas anderes als Hustensaft. Die Entwicklung ist komplex, die Rohstoffe sind rar.“ Knapp ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie überhaupt zugelassene Impfstoffe zu haben, sei ein mittelgroßes technisch-medizinisches Wunder.

„Nun sind wir schon ein ganzes Jahr getrieben. Getrieben von Lockdown und Öffnung, von großer Ungewissheit und neuen Erkenntnissen, von Ängsten und Hoffnungen“, skizzierte **Simone Oldenburg** (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE). Die Einschnitte seien hart, aber notwendig. Andernfalls würde es weit mehr Infizierte und Tote geben. Nun werde es aber Zeit, sachlich und besonnen Wege

aus diesem fremden Leben zu suchen. Die Menschen erwarteten zu Recht Perspektiven. „Deshalb sind jetzt erste zaghafte Schritte notwendig.“ Diese dürften jedoch nicht in einen Überbietungswettbewerb der Öffnung münden. „Wir brauchen keinen Gemischtwarenladen der Öffnungen. Wir brauchen einen Anfang und einen Plan.“ Mit Kitas und Schulen zu starten, sei richtig und wichtig. Einem Zweitklässler fehlten durch beide Lockdowns insgesamt 400 Unterrichtsstunden. Fahrschulen zu öffnen, sei in einem Flächenland wie MV ebenfalls von zentraler Bedeutung. „Im Juni verlassen tausende Jugendliche die Berufsschule oder beginnen eine Berufsausbildung.“ Die dazugehörigen Wege seien oft nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewältigen.

Im Kampf gegen die Pandemie das ganze Land lahmzulegen, sei wenig hilfreich, meinte **Nikolaus Kramer** (Fraktionsvorsitzender, AfD). „Sie verbrennen ein Haus, um ein Wespennest auszuräuchern.“ Ja, drei bis vier Prozent der Erkrankungen verliefen schwer. „Vorkehrungen sind daher nötig. Aber nicht der hervorgerufene GAU eines ganzen Gesellschaftssystems.“ Er sprach von einer Bevormundung der Bevölkerung. Hilfsprogramme wie den Rettungsfonds bezeichnete er als „Schweigegehd“, mit dem sich die Regierung „die Zustimmung für die Fortführung einer gespenstischen Friedhofsruhe im Land“ erkaufe. „Und nun sind die Mutanten das neue Schreckensgespenst. Sie werden instrumentalisiert, um immer weiter und weiter den Lockdown zu verlängern.“ Den Dringlichkeitssitzungen nach dem Bund-Länder-Gipfel sprach er die Notwendigkeit ab. „Auf die Debatte könnte verzichtet werden, geht es doch tatsächlich nur darum, exekutiv Beschlossenes parlamentarisch durchzuschalten und hier durchzuwinken.“ Solch ein „obrigkeitsstaatliches Verfahren“ erinnere an die DDR-Volkskammer. „Der Landtag ist eng eingebunden in die Festlegung der Corona-Maßnahmen bei uns im Land“, widersprach **Thomas Krüger** (Fraktionsvorsitzender, SPD). Fünf Sondersitzungen innerhalb weniger Wochen: „Diese parlamentarische Beteiligung beweist für uns, dass die Demokratie auch in Krisenzeiten funktioniert.“ Vor den Treffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten habe jede

Fraktion die Möglichkeit, ihre Position deutlich zu machen und Anregungen zu geben. „Die Ministerpräsidentin bittet geradezu darum, dass wir diese Positionierung machen.“ Nach der Runde mit der Kanzlerin tage der Landtag und bringe, so wie heute, Anträge ein. Die dazu gefassten Beschlüsse stünden dann als Überschrift über allem, auch über dem dann folgenden MV-Gipfel. Erst nachdem auch dieser getagt habe, beschließe die Landesregierung den weiteren Plan für MV. „Das ist ein zutiefst

demokratisches Verfahren, das wir hier gewählt haben.“ Ein Blick in Länder wie die USA, Brasilien, Schweden oder Großbritannien zeige, dass breite Öffnungen zu höheren Todeszahlen führten. „Dieses Leid wollen wir bei uns möglichst verhindern. Deswegen sind die Einschränkungen weiter notwendig.“

Antrag SPD/CDU/DIE LINKE
Drucksache 7/5813
Antrag AfD
Drucksache 7/5814

Stufenplan für Lockerungen

Dringlichkeitssitzung

Begleitet von Demonstrationen vor dem Schweriner Schloss informierte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig am 5. März über die neuen Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 3. März. Mit einem Dreiklang aus Impfen, Testen und Öffnen sei ein Perspektivplan erarbeitet, allerdings der Lockdown auch bis zum 28.3. verlängert worden, betonte sie. Besonders wichtig sei dabei, Schulen eine Öffnung zu ermöglichen auch bei Inzidenzen zwischen 50 und 100. Es sei schwierig, dass zu wenig Impfstoff zur Verfügung stehe, aber Manuela Schwesig betonte, dass die neuen Selbsttests eine Chance böten. Allerdings habe sie kein Verständnis dafür, dass diese Tests als erstes in den Handel gingen. Der Bund müsse dafür sorgen, dass jeder Zugang zu Tests habe. Sowohl die AfD-Fraktion also auch die Fraktionen SPD, CDU und DIE LINKE brachten eigene Anträge in die Debatte ein. Horst Förster (AfD) betonte, dass forderte, den Lockdown zu beenden. Inzidenzen seien nicht wissenschaftlich begründet, sondern politisch beschlossen und reine Willkür. Er forderte, gezielt vorzugehen und vulnerable Gruppen zu schützen, sowie die Dokumentation der Infektionsherde offen zu legen, um das Infektionsgeschehen nachvollziehen zu können. Wolfgang Waldmüller (Vorsitzender CDU-Fraktion) hätte sich einheitliche Regeln für das Land gewünscht, betonte aber dass die vorgesehenen Öffnungsschritte besser seien als keine Perspektive zu haben. Besonders wichtig sei, den Bereich Tourismus mit Hotellerie und Gastronomie mit in den Antrag aufzunehmen, besonders in

einem Land wie MV. Simone Oldenburg (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE) forderte, dass Tests möglich aber auch erhältlich sein müssten. Sie beklagte, dass trotz Öffnungsmöglichkeiten ab 8. März, die dafür nötigen Tests nicht verfügbar seien. Zudem forderte sie eine Änderung der Impfstrategie. Es müsse möglich sein, dass alle vorhandenen Impfdosen auch einen Empfänger fänden. Der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe betonte, Corona würde bleiben. Er zog Parallelen, dass man auch gelernt hätte mit der Krankheit AIDS zu leben. Die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig forderte ein Ende der Willkür auf Basis der Inzidenzwerte. Der Antrag der AfD-Fraktion wurde mit den Stimmen der SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt, der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE wurde angenommen.

Antrag AfD Drucksache 7/5900
Antrag SPD, CDU, DIE LINKE
Drucksache 7/5905



Landtagspräsidentin Birgit Hesse (li.) im Gespräch mit Lars Schwarz (re.), dem Präsidenten des DEHOGA MV e.V., während der Demonstration im Vorfeld der Dringlichkeitssitzung.

Foto: Landtag MV

Meldungen

Foto: Landtag MV



Die Idee hinter Carsharing ist: Mehrere Menschen teilen sich ein Auto statt es zu besitzen. Unter anderem gibt es in Schwerin beim Technologie und Gewerbezentrum eine Station.

Land plant Gesetz fürs Carsharing

Schwerin. Rostock. Greifswald. Stralsund. Neubrandenburg. Das sind Beispiele für Orte, in denen es in MV bereits möglich ist, sich mit anderen Menschen über Carsharing ein Auto zu teilen. Nun soll ein Carsharing-Gesetz dieses Nutzungsmodell im Land noch attraktiver machen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung schafft den rechtlichen Rahmen, öffentliche Flächen an Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen als Parkflächen für Carsharing-Fahrzeuge bereitzustellen. Für die Umsetzung zuständig wären die Gemeinden. In ihrer Verantwortung läge es auch, über ein transparentes Auswahlverfahren einen geeigneten Anbieter zu finden und ihm die Flächen für bis zu acht Jahre exklusiv zum Carsharing zur Verfügung zu stellen. Im Fokus des Gesetzentwurfs stehen stationsbasierte Angebote. Also Angebote, bei denen die Fahrzeuge an einer bestimmten Station abgeholt und auch wieder dorthin zurückgebracht werden. Der Gesetzentwurf ergänzt die bestehenden bundesrechtlichen Regelungen zum Carsharing, die nur für den Bereich von Bundesstraßen an-

gewendet werden können. Er gibt den Gemeinden die Möglichkeit, in diesem Bereich tätig zu werden, verpflichtet sie aber nicht dazu. Der Gesetzentwurf wurde nach erster Lesung einstimmig und ohne Debatte zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/5724*

Rechtssicherheit für Beitragspflicht

Wer als Doktorandin oder Doktorand an den Universitäten des Landes oder an der Hochschule für Musik und Theater eingeschrieben ist, zahlt an die Studierendenwerke die gleichen Gebühren und Beiträge wie Studierende. Das Problem: Bislang wurden Doktorandinnen und Doktoranden diesbezüglich aber nicht ausdrücklich im Studierendenwerksgesetz erwähnt. Damit besteht in Bezug auf die Beitragserhebung eine Rechtsunsicherheit. Deshalb brachte die Landesregierung eine entsprechende Klarstellung in den Landtag ein. Ihr Gesetzentwurf nimmt auch Bezug auf den Aufsichtsrat der Studierendenwerke: Seine Rechte und Pflichten werden nach Maßgabe des Aktienrechts geregelt, wenn das Studierendenwerksgesetz keine eigenen Regelungen dazu enthält. Auch diese Anpassung dient der Rechtsklarheit. Ein dritter Punkt betrifft die Bezeichnung des einstigen Studentenwerks Rostock. Sie wurde 2015 in „Studierendenwerk Rostock-Wismar“ geändert und soll nun ebenfalls Eingang ins Gesetz finden. Der Gesetzentwurf wird nach seiner ersten Lesung nun in den Ausschüssen beraten. Die Abgeordneten stimmten dem Überweisungsvorschlag einstimmig zu.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/5727*

Bessere Schulung für Seiteneinsteiger

Lehrer, die als Seiteneinsteiger an Schulen kommen, sollen besser qualifiziert werden. Die Voraussetzungen dafür soll eine Änderung des Lehrerbildungsgesetzes schaffen. Ihr Fokus liegt auf Lehrkräften, die nicht auf Lehramt studiert, aber einen anderen



Foto: Jens Büttner

Zu Beginn des Schuljahres 2020/2021 arbeiteten laut Bildungsministerium an öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Land 1.344 Lehrkräfte im Seiteneinstieg. Das entspricht einem Anteil von etwa elf Prozent.

Hochschulabschluss haben. Für sie ist ein berufsbegleitender Vorbereitungsdienst vorgesehen, der mit einem Referendariat vergleichbar sei, erläuterte Bildungsministerin Bettina Martin (SPD). Deckt das Hochschulstudium nur ein Unterrichtsfach ab, komme zum Vorbereitungsdienst noch ein Beifach-Studium hinzu. Für den berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst veranschlagt der Gesetzentwurf 24 Monate. Für Seiteneinsteiger, aus deren Hochschul- oder Berufsabschluss keine Unterrichtsfächer abgeleitet werden können, bleibt es bei den bisherigen Qualifizierungsmaßnahmen. Allerdings werden die Mindestbeschäftigungszeiten zum Erwerb einer Lehrbefähigung reduziert. Bisher können Seiteneinsteiger diese Anerkennung in Abhängigkeit ihres Abschlusses nach sieben bzw. zehn Jahren beantragen. Künftig soll das bereits nach fünf bzw. sieben Jahren möglich sein. SPD und CDU bezeichneten die geplanten Änderungen als wichtiges Signal an Seiteneinsteiger, gerade auch im Hinblick auf eine klare Berufsperspektive. Die AfD erklärte, die Gewinnung von Seiteneinsteigern nur als Übergangslösung zu tolerieren. „Wir werden uns nicht daran beteiligen, diesen Holzweg zum Königsweg zu machen.“ DIE LINKE bemängelte, dass sich der Entwurf nur mit Seiteneinsteigern beschäftige und nicht mit den grundlegenden Problemen beim Lehramtsstudium befasse. Damit werde es auch weiterhin viele Studienabbrecher geben. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/5723*

Wählen gehen!

Im Notfall nur Briefwahl

Am 26. September ist Landtagswahl. Aber was ist, wenn zu dieser Zeit Kontaktbeschränkungen gelten? Wie wird dann gewählt? Im Notfall als reine Briefwahl. Das gilt auch für bevorstehende Landrats- und Bürgermeisterwahlen. SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig (fraktionslos) haben einer entsprechenden Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes zugestimmt. Im Fall einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt können damit auch für die Aufstellung von Wahlbewerbern und die Anforderungen an Unterstützungunterschriften besondere Regelungen getroffen werden. Wie diese Regelungen aussehen, definiert das Gesetz nicht: Die genauen Bestimmungen müssen in einer Rechtsverordnung festgelegt werden. Die Gesetzesänderung bedeutet nicht, dass die Landtagswahl als reine Briefwahl stattfinden wird. Sie räumt lediglich die grundsätzliche Möglichkeit dafür ein. Um vom sonst üblichen Verfahren abzuweichen, gilt eine wichtige Voraussetzung: Der Landtag muss feststellen, dass die Vorbereitung oder Durchführung der Wahl nach den regulären Maßgaben nicht möglich ist. „Der Landtag bleibt stets Herr des Verfahrens“, betonte die SPD. „Er entscheidet, ob überhaupt eine Situation vorliegt, die eine Verordnung erforderlich macht, und er muss danach der vom Ministerium für Inneres und Europa erlassenen Verordnung zustimmen, bevor diese überhaupt in Kraft treten kann.“ Die AfD sprach von einer Beschneidung der Demokratie. „Wir bleiben dabei, alles, was das Wahlrecht erfordert, ist bei einer verantwortungsvollen Beachtung von Hygienevorkehrungen derzeit und auch absehbar machbar.“ Die AfD tue so, als würde das Wahlrecht abgeschafft, erwiderte die CDU. Das Gegenteil sei der Fall: „Wir schaffen hier ein zusätzliches Instrument in unserem Instrumentkasten, das wir auf keinen Fall leichtfertig einsetzen wollen.“ DIE LINKE warf der

AfD vor, das Vertrauen in demokratische Prozesse zerstören zu wollen. Davon zeuge auch die bundesweite Kampagne der Partei gegen die Briefwahl. „Geht es Ihnen hierbei um die Wahlvorbereitung, um die Wahldurchführung, um den Wahlakt oder aber möglicherweise doch bereits um das Wahlergebnis?“

Gesetzentwurf CDU/SPD

Drucksache 7/5599

Beschlussempfehlung Innenausschuss

Drucksache 7/5752

Zwei Milliarden Euro für Unis und Hochschulen

Die Universitäten und Hochschulen des Landes erhalten in den kommenden fünf Jahren zwei Milliarden Euro. Das geht aus den Zielvereinbarungen hervor, die die Landesregierung mit den Einrichtungen im Land getroffen hat. Hinzu kommen 53,9 Millionen Euro für Großgeräte. Und 125 Millionen Euro aus dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre“, dem Nachfolger des Hochschulpakts von Bund und Ländern. Die Zielvereinbarungen werden alle fünf Jahre ausgearbeitet. Darin legen die Hochschulen gemeinsam mit dem Land ihre Schwerpunkte und Ziele für die kommenden fünf Jahre fest. Zum Beispiel zur Qualitätsentwicklung in Lehre und Forschung, zur Eröffnung und Schließung von Studiengängen, zu Forschungsschwerpunkten und zum Budget. Zu den Vereinbarungen gehören unter anderem mehr Studienplätze für Grundschulpädagogik in Rostock, ein Lehramtsstudiengang „Grundschule“ und ein Bachelor-Studiengang „Pflanzwissenschaften“ an der Universität Greifswald, ein Bachelor-Studiengang „Pflege“ an der Hochschule Neubrandenburg sowie die Studiengänge „Hebammenwissenschaft“ und „Intensivpflege“ an der Universität Rostock. In Rostock soll zudem ein Zentrum für Regional- und Kulturgeschichte errichtet werden, an der Universität Greifswald eine Professur für Genderforschung. Geplant ist außerdem eine standortübergreifende Ingenieurausbildung in den Bereichen Bauen, Landschaft und Umwelt mit der Universität Rostock, der Hochschule Neubrandenburg und der Hochschule Wismar. Einrichtungen,

die bei der Besetzung von Stellen eine vereinbarte Gleichstellungsquote erfüllen, sollen zusätzliche Gelder erhalten. Ein Punkt, an dem die AfD Kritik übte. Auch die Vereinbarungen zur Inklusion und zur internationalen Ausrichtung der Unis und Hochschulen gingen ihr zu weit. Sie stimmte dem Antrag daher nicht zu. Nach Ansicht der CDU lässt sich mit den Zielvereinbarungen sehr gut leben und vernünftig arbeiten. Insbesondere von der standortübergreifenden Ingenieurausbildung erhoffe sie sich positive Auswirkungen für den Fachkräftebedarf. Die SPD bezeichnete die Vereinbarungen als grundsollide und innovativ. „Bestehendes wird gestärkt, unglaublich viel Neues und Innovatives geschaffen.“ DIE LINKE bemängelte, dass die Vereinbarungen keine Verbesserungen fürs Lehramtsstudium vorsähen und Schwerin nicht als Hochschulstandort berücksichtigt werde. Sie enthielt sich bei der Abstimmung. Die Zielvereinbarungen gelten für die Jahre 2021 bis 2025 und treten rückwirkend zum 1. Januar 2021 in Kraft.

Antrag Landesregierung

Drucksache 7/5685

Ausschüsse dürfen per Video tagen

Die Ausschüsse des Landtages können künftig auch als Video- und Telefonkonferenzen tagen und Beschlüsse fassen. Die Abgeordneten haben sich mehrheitlich darauf verständigt, die Geschäftsordnung des Landtages entsprechend zu erweitern. Die Ergänzung soll gewährleisten, dass die Ausschüsse in Zeiten der Corona-Pandemie arbeitsfähig bleiben. Diese Möglichkeit gilt auch nur, wenn äußere Umstände eine Präsenzsitzung „erheblich erschweren“. Die Ausschüsse können darauf zurückgreifen, müssen es aber nicht, betonte Philipp da Cunha (SPD), der als Vorsitzender des Rechtsausschusses zur Beschlussempfehlung des Ausschusses Bericht erstattete. „Wir haben nichts geändert an der Frage der Beschlussfassung hier im Plenum des Landtages. Wir haben nur die Form der Erzeugung dieser Beschlüsse, also unsere Beschlussempfehlung sozusagen, digitalisiert.“ Die AfD trug dieses Ansinnen nicht mit. „Wir lehnen grundsätzlich Abstimmungen

im Wege von Telefon- oder Videokonferenzen ab“, sagte Prof. Dr. Ralph Weber. Gestik, Mimik und Wirkungen von Redebeiträgen zu beobachten, halte seine Fraktion für elementar. In Telefonbeiträgen sei dies aber überhaupt nicht und bei Videokonferenzen nur sehr eingeschränkt möglich. Der gemeinsame Antrag von SPD, CDU und DIE LINKE sah über die digitalen Sitzungen hinaus weitere Anpassungen vor. So begrenzt die Geschäftsordnung die Dauer von Erklärungen zur Abstimmung und persönlichen Bemerkungen nun explizit auf zwei Minuten. Für die Landesregierung gilt künftig: Bringt sie einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, muss sie deutlich machen, welche Fachkreise, Verbände oder anderen Akteure im Vorfeld bereits angehört wurden. „Nach meinem Verständnis kann uns das Anhörungen zu selbsterklärenden Gesetzen teilweise ersparen“, erläuterte Ausschussvorsitzender da Cunha. Weiterer Änderungspunkt: Verhängen Ordnungsbehörden freiheitseinschränkende Maßnahmen wie eine Quarantäne gegen Abgeordnete, müssen die Behörden die Landtagspräsidentin binnen 24 Stunden darüber informieren. Tun sie das nicht, entfällt die Genehmigung. Zu allen Punkten abseits der Telefon- und Videokonferenzen herrschte Einstimmigkeit. Wort ergriffen hatten in der Debatte nur der Ausschussvorsitzende und die AfD.

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE

Drucksache 7/5601

Beschlussempfehlung Justizausschuss

Drucksache 7/5754

Auszahlung von Wirtschaftshilfen

Sie sind seit vielen Wochen versprochen. Bei der Auszahlung hapert es jedoch: Die Rede ist von den Wirtschaftshilfen, die der Bund als Unterstützung für Unternehmen angekündigt hat, die vom Lockdown betroffen sind. Viele Betroffene warteten noch immer auf ihre November- und Dezemberhilfe, betonte DIE LINKE. Mitte Januar seien von den hierzulande beantragten Hilfen in Höhe von 100 Millionen Euro gerade einmal 35 Millionen geflossen. Diese Verzögerung bringe viele Unternehmen an den Rand ihrer Existenz. Sie verlangte

deshalb von der Landesregierung, sich beim Bund energisch für eine zügige Auszahlung einzusetzen und Hilfen unbürokratisch vorzufinanzieren. „Wenn die Mittel zur Rettung der Unternehmen zu spät kommen, drohen genau die Zusammenbrüche, die es in der Krise eigentlich zu verhindern gilt.“ Der Bund habe es versäumt, die für eine Auszahlung benötigten EDV-Programme rechtzeitig auf den Weg zu bringen, erklärte Wirtschaftsminister Harry Glawe (CDU). „Mittlerweile kann man aber sagen, die Novemberhilfen sind jetzt zu zwei Dritteln ausgezahlt“, die Dezemberhilfen zu einem Drittel abgeflossen. Spätestens im Januar sollen alle Novembergelder, im Februar alle Dezembermittel ausgereicht sein. Das Land habe bereits zugesagt, im Einzelfall in Vorleistung zu gehen. Die AfD sprach von einem substanzlosen Antrag, der weder Tempo noch Druck beim Bund aufbaue. Ihrer Ansicht nach wäre die beste Wirtschaftsförderung, Unternehmen wieder zu öffnen. „Ja, es werden ein paar Infektionen mehr werden; ja, einige Menschen werden vielleicht sterben.“ Andererseits stelle sich die Frage: „Wie viele Milliarden sollen die Lockdowns noch verschlingen?“ Die SPD lobte die Zielstellung des Antrags. „Die Situation ist aber dabei, sich zu verbessern.“ Natürlich dränge die Landesregierung darauf, dass die Mittel zügig fließen. Das sei nichts, was jetzt noch einmal mit einem Antrag eingefordert werden müsse. Nach ihrem Dafürhalten könnte DIE LINKE darüber nachdenken, den Antrag zurückzuziehen. „Noch energischer kann man für diese Wirtschaftshilfen nicht kämpfen, als es unsere Landesregierung tut“, meinte die CDU. Das Auszahlungsproblem habe sich inzwischen deutlich entspannt, ein Teil der im Antrag aufgezeigten Probleme damit erledigt. SPD und CDU lehnten den Antrag daher ab. Die AfD und Holger Arppe (fraktionslos) enthielten sich.

Antrag DIE LINKE

Drucksache 7/5738

Änderungsantrag DIE LINKE

Drucksache 7/5783

Corona bestimmt Wahlregeln

Im April und Mai stehen in MV mehrere Bürgermeisterwahlen, in Nordwestmecklenburg eine Landratswahl an. Gleichwohl befindet sich MV aber noch mitten in der Corona-Pandemie. SPD, CDU und DIE LINKE haben deswegen in der Dringlichkeitssitzung am 11. Februar von der Neufassung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes Gebrauch gemacht. In einem gemeinsamen Antrag stellten sie fest, dass es aufgrund der epidemischen Lage bis zum 30. Juni 2021 teilweise unmöglich sei, Wahlen vorzubereiten oder durchzuführen. Mit dieser Feststellung kann das Innenministerium nun über eine Rechtsverordnung abweichende Regelungen für das Wahlprozedere zulassen. Zum Beispiel im Hinblick auf die Aufstellung von Wahlbewerbern, die Anforderung an Unterstützungsunterschriften, die Stimmabgabe in Wahlräumen oder Briefwahlen. Die AfD lehnte das Vorgehen unter Verweis auf sinkende Inzidenzwerte ab. „Wer Entscheidungsprozesse schon in ihrem Ausgangspunkt als Grundrechte des Souveräns in Frage stellt, greift an die Wurzel unseres politischen Selbstverständnisses.“ Sie warf den Antragstellern vor, mit der Pandemiekeule das Fundament der Demokratie zu beschädigen. „Nie und nirgendwo war das Wahlrecht in der Bundesrepublik in seinem Grundbestand je so in Frage gestellt.“ Die Demokratie werde nicht abgeschafft, sondern gestärkt, erwiderte die CDU. „Unsere Zielstellung ist nicht, Briefwahl per se einzuführen.“ Vielmehr gehe es darum, auf Krisensituationen vorbereitet zu sein und den Gesundheitsschutz mit dem Wahlrecht in Einklang zu bringen. Das Innenministerium hat nun die Aufgabe, eine entsprechende Rechtsverordnung zu erarbeiten. Bevor sie in Kraft treten kann, muss der Landtag ihr ebenfalls noch zustimmen.

Antrag CDU/SPD/DIE LINKE

Drucksache 7/5811

Laufende Gesetzgebung

Stand: 09.02.2021

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/5440	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechts und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 28.10.2020 in Beratung
7/5449 (neu)	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes und zur Änderung anderer Gesetze	Innen- und Europausschuss	1. Lesung: 28.10.2020 in Beratung
7/5459	DIE LINKE	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafe in Mecklenburg-Vorpommern (Strafvollzugsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - StVollzG M-V)	-	zurückgezogen Amtliche Mitteilung 7/137
7/5574	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Mecklenburg-Vorpommern (Zweckentfremdungsgesetz - ZwG M-V)	Energieausschuss	1. Lesung: 09.12.2021 in Beratung
7/5582	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesforstanstaltserrichtungs-gesetzes und weiterer forstrechtlicher Vorschriften	Agrarausschuss	1. Lesung: 09.12.2021 in Beratung
7/5583	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Tierschutzzuständigkeits-gesetzes	Agrarausschuss	1. Lesung: 09.12.2021 in Beratung
7/5591	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes über die Lehrerbildung in Mecklenburg-Vorpommern (Lehrerbildungsgesetz - LehbildG M-V)	-	1. Lesung: 09.12.2021 Ablehnung der Überweisung
7/5592	DIE LINKE	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 09.12.2021 Ablehnung der Überweisung
7/5593	DIE LINKE	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes	-	1. Lesung: 09.12.2021 Ablehnung der Überweisung
7/5598	SPD, CDU	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Wassergesetzes des Landes (Mecklenburg-Vorpommern (LWaG))	Agrarausschuss	1. Lesung: 09.12.2021 in Beratung
7/5664	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetzes und des Landesrichtergesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 27.01.2021 in Beratung
7/5723	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes und des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes	Bildungsaus- schuss Wirtschaftsaus- schuss	1. Lesung: 27.01.2021 in Beratung
7/5724	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Carsharing in Mecklenburg-Vorpommern (Carsharingförderungsgesetz - CsgG M-V)	Energieausschuss Innen- und Europausschuss Wirtschaftsaus- schuss	1. Lesung: 27.01.2021 in Beratung
7/5725	LReg.	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesbehinder- ten- gleichstellungsgesetzes	Sozialausschuss Innen- und Europausschuss Rechtsausschuss Finanzausschuss	1. Lesung: 27.01.2021 in Beratung
7/5726	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (Glücksspielstaatsvertragsgesetz 2021 - GlüStVG 2021 M-V)	Innen- und Europausschuss Finanzausschuss	1. Lesung: 27.01.2021 in Beratung
7/5727	LReg.	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Studierendenwerks-gesetzes und zur Änderung des Landeshochschulgesetzes	Bildungsaus- schuss	1. Lesung: 27.01.2021 in Beratung
7/5737	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Mecklen- burg-Vorpommern (Klimaschutzgesetz M-V - KSG M-V)	-	1. Lesung: 27.01.2021 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 27. Januar 2021 entschieden | Stand: 09.02.2021

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/5581	Entwurf eines Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Kommunen während der SARS-CoV-2-Pandemie	LReg.	1. Lesung: 09.12.2020 2. Lesung: 27.01.2021	Annahme
7/5599	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes	CDU, SPD	1. Lesung: 09.12.2021 2. Lesung: 27.01.2021	Annahme
7/5441	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung eines Beteiligungs- und Kostenfolgeabschätzungsverfahrens nach Artikel 72 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Konnexitätsausführungsgesetz M-V)	AfD	1. Lesung: 28.10.2020 2. Lesung: 27.01.2021	Ablehnung
7/5442	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (LHO) Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 28.10.2020 2. Lesung: 27.01.2021	Ablehnung

Munition geborgen



Mit einem Elektromagnet wurde unter Wasser der Boden um das Schweriner Schloss abgesucht.

Sondierungsarbeiten um das Schweriner Schloss abgeschlossen

■ Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges wurden Gewässer oft dazu genutzt, die noch vorhandene Munition „loszuwerden“. Man kann davon ausgehen, dass auch im Schweriner Burgsee so verfahren wurde. Bisherige Funde von Munition bestätigen diese Annahme.

Um die Bauarbeiten am Schweriner Schloss sowie an der Kaimauer vorzubereiten, wurde der Bereich um das Schloss Ende Januar an verschiedenen Punkten auf Kampfmittel untersucht. Die Punkte, an denen der Grund des Sees untersucht werden sollte, wurden mit Markierungspflocken festgelegt. Zu Beginn hat ein 20 Kettenbagger einen 1,5t Elektromagneten über den kampfmittelbelasteten Grund geführt. Dabei wurden nur die

Gefundene Munition:

Kampfmittel	Herkunft	Menge (Stück)
Infanteriepatrone	Deutsch	49
7,5 cm Sprenggranatpatrone	Deutsch	1
76 mm Sprenggranatpatrone	Russisch	1
Munitionsteile mit Anhaftung	Deutsch	40
2,0-2,5 cm Hülse	Deutsch	3
Infanteriehülsen	Deutsch	35
Pistole	Deutsch	1
Pistole sonstig	Sonstig	1
Waffenteile	Deutsch	1

auf dem Grund liegenden Eisenteile und Kampfmittel geborgen. In einem weiteren Schritt wurde der Magnet bis zu 2m tief in den zum Teil schlammigen Grund eingespült. Alle mit dem Magneten aufgefunden Eisenteile wurden auf dem Ponton ausgebreitet und hinsichtlich Fundmunition identifiziert sowie durch den Munitionsbergungsdienst M-V fachtechnisch beseitigt. Insgesamt wurden 147kg Schrott geborgen.

Ostsee- parlamentarier- konferenz

Vizepräsidentin Beate Schlupp
vertrat das Land

Die 1. Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, hat am 22. Februar an der digitalen Sitzung des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) teilgenommen. Dabei kam die Leiterin der Organisation HELCOM, Dr. Lilian Busse, einer Einladung der Vizepräsidentin nach und informierte über die aktuelle Arbeit der Helsinki Kommission. Neben organisatorischen Fragen bezüglich der inhaltlichen Schwerpunkte und der technischen Gestaltung der 30. BSPC-Jubiläumskonferenz in Stockholm hatten die Delegationsleiterinnen und -leiter auch die Möglichkeit, sich mit eingeladenen Expertinnen und Experten über den Umgang mit der COVID-19-Pandemie auszutauschen.

Über die aktuellen Entwicklungen rund um die Aktualisierung des Ostseeaktionsplans der Helsinki Kommission unterrichtete die HELCOM-Vorsitzende, Frau Dr. Lilian Busse. Im Besonderen sprach sie über die einschlägigen Forde-



(Foto: BSPC)

Die digitale Sitzung des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz

rungen und Empfehlungen der 29. Ostseeparlamentarierkonferenz, darunter: die Stärkung der biologischen Vielfalt in der Ostsee, die Reduzierung des Nährstoffeintrags und die Beseitigung von Munitionsaltlasten, Geisternetzen und Schiffswracks.

So unternehme HELCOM Schritte, um das Netzwerk der Meeresschutzgebiete (Marine Protected Areas, MPA) zu erweitern und Anstrengungen zum Schutz der bedrohten Meeresarten zu intensivieren. Im Bereich der Nährstoffeintragsreduktion würden im Moment bewährte Praktiken und Umsetzungs-hindernisse analysiert, um bessere, wissenschaftsbasierte Lösungen vorzuschlagen.

Im Hinblick auf das Problem der Altmunition gebe es drei Prioritäten: Identifizierung der Standorte, eine Analyse der Schadstoffemissionen und deren Auswirkungen auf die marine Umwelt und die umweltsichere Entfernung der Munitionsrückstände. All diese Themen würden intensiv diskutiert. Vizepräsidentin Beate Schlupp zog ein positives Fazit: „In der Tat sollten wir sehen, dass wir die Bewältigung der Altmunition in der Ostsee weiter vorantreiben. Ich beabsichtige, dazu weitere Gespräche zu führen. Positiv zu bewerten ist, dass die HELCOM-Vorsitzende ihre Zeit genutzt hat und mit uns ihre Schwerpunkte ausgetauscht hat.“

Zweckentfremdungsgesetz MV

Öffentliche Anhörung im Energieausschuss

Am 24. Februar 2021 hat der Energieausschuss im Rahmen seiner 96. Sitzung eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Mecklenburg-Vorpommern“ als hybride Videokonferenz durchgeführt.

Der Ausschuss hat als Sachverständigeninstitutionen den Landkreistag M-V, Städte- und Gemeindetag M-V, Deutschen Mieterbund (LV M-V), Deut-

schen Ferienhausverband, Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen, Tourismusverband M-V, Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (LV M-V) sowie die Industrie- und Handelskammern des Landes zur Teilnahme eingeladen.

Mit dem Gesetzentwurf will die Landesregierung die Zweckentfremdung von Wohnraum im Land reduzieren und dem dadurch verursachten Wohnraum-mangel in touristischen Schwerpunktregionen entgegenwirken. Denn

häufig kann mit der befristeten Vermietung von Ferienwohnungen ein höherer Ertrag erwirtschaftet werden, als mit Dauermietverhältnissen. Betroffene Gemeinden sollen zukünftig auf der Grundlage von Satzungen Einschränkungen und Auflagen für die Vermietung von Ferienwohnungen bzw. für die Umnutzung von vorhandenem Wohnraum zu Ferienwohnungen festlegen können, sofern einem Wohnraum-mangel in der betroffenen Gemeinde nicht mit anderen Maßnahmen begegnet werden kann. Es geht nicht darum, die Vermarktung bereits bestehender und genehmigter Ferienwohnungen einzuschränken

Lehrer im Seiteneinstieg

Öffentliche Anhörung im Bildungsausschuss

■ **Der Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes und des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes“ wurde im Bildungsausschuss mit Experten erörtert.**

Unter Federführung des Bildungsausschusses wird derzeit der „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes und des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes“ auf Drucksache 7/5723 beraten. Hierzu hat der Bildungsausschuss in seiner 85. Sitzung am 24. Februar 2021 eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Gegenstand des Gesetzesentwurfes sind Regelungen zur flächendeckenden Unterrichtsversorgung in den kommenden Jahren, die Umsetzung der Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz zum Grundschullehramt und die Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern im Seiteneinstieg.

Zentraler Punkt ist dabei die Verbesserung der Qualifizierung der Lehrkräfte im Seiteneinstieg. Damit sollen bessere Perspektiven geschaffen werden. Unter anderem ist die Einführung eines berufsbegleitenden Vorbereitungsdienstes oder das Studium eines Beifachs für Lehrkräfte im Seiteneinstieg vorgesehen, aus deren Hochschulabschluss sich nur ein Unterrichtsfach ableiten lässt. Für Lehrkräfte, aus deren Abschlüssen sich keine Unterrichtsfächer ableiten lassen, sollen die Mindestbeschäftigungszeiträume für den Antrag auf Erwerb einer Lehrbefähigung verkürzt werden. Die bisher im Gesetz festgelegten Aufnahmekapazitäten an den Universitäten für das Lehramtsstudium sollen mit der Änderung in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen festgeschrieben werden. Damit soll eine Flexibilisierung erreicht werden. Durch die Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes soll die Einstel-

lung von qualifizierten Lehrkräften aus der Europäischen Union in den Schuldienst Mecklenburg-Vorpommerns vereinfacht werden.

Die gehörten Sachverständigen haben einhellig die Einführung eines Vorbereitungsdienstes begrüßt. Alle Sachverständigen haben betont, dass die Qualifizierung und Tätigkeit von Lehrkräften im Seiteneinstieg nicht attraktiver werden dürfe als die grundständige Ausbildung von Lehrkräften. Seitens der Sachverständigen wurde geäußert, dass es notwendig sei, langfristige Lösungen zu finden und die Attraktivität des Lehramtsstudiums sowie des Berufs zu erhöhen.

Der Gesetzesentwurf ist unter anderem vom Verband Bildung und Erziehung Mecklenburg-Vorpommern als unzureichend kritisiert worden, die grundständige Lehramtsausbildung bedürfe vielmehr einer Reform. Der Philologenverband hat daneben eine Absenkung der Pflichtstundenzahl auf 25 Stunden, ebenso wie die Erhöhung der Anrechnungstunden für den Einsatz in der gymnasialen Oberstufe gefordert.

Die Lehrstuhlinhaberin für Allgemeine Grundschulpädagogik an der Universität Greifswald hat die Erhöhung von theoretisch- und praxisorientierten Phasen, wie im Gesetzentwurf vorgesehen, begrüßt. Jedoch würden ihrer Ansicht nach zentrale bildungswissenschaftliche Inhalte im Studium nicht ausreichend abgebildet. Sie hat daher die Einrichtung bildungswissenschaftlicher Lernbereiche oder die stärkere Gewichtung der Bildungswissenschaften im Studium angeregt.

Zwei Mitglieder des Vorstandes der Fachgruppe der Lehrkräfte im Seiteneinstieg der GEW haben unter anderem die Ableitung von Unterrichtsfächern aus den Abschlüssen der Lehrkräfte im Seiteneinstieg sowie die vorgesehenen Übergangsregelungen für schon im Schuldienst tätige Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger problematisiert. Auch der Verband Bildung und Erziehung Mecklenburg-Vorpommern hat gefordert, dass schon vor Aufnahme der Tätigkeit durch die Lehrkräfte im Seiteneinstieg feststehen müsse, welche Unterrichtsfächer anerkannt werden.

Der Gesetzentwurf lasse noch Fragen offen und schaffe nicht alle notwendigen Voraussetzungen für die Qualifizierung von Lehrkräften im Seiteneinstieg. Der Bildungsausschuss wird im Rahmen einer seiner nächsten Sitzungen die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung auswerten und sich über das weitere Beratungsverfahren verständigen.

Entwicklung Auf dem Arbeitsmarkt

Expertengespräch im Wirtschaftsausschuss

■ **Der Wirtschaftsausschuss hat in seiner 100. Sitzung am 25. Februar ein Expertengespräch mit Margit Haupt-Koopmann, der Vorsitzenden der Geschäftsführung der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, durchgeführt.**

Danach stellt sich die Situation am Arbeitsmarkt wie folgt dar:

Die Zahl der Arbeitslosen ist in den Jahren 2008 (ca. 124.000 Arbeitslose) bis 2019 (ca. 58.500 Arbeitslose) kontinuierlich gesunken und im Jahr 2020 (63.900 Arbeitslose) infolge der Corona-Pandemie wieder angestiegen.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hat in den Jahren 2008 (ca. 524.400 SVB) bis 2019 (ca. 578.000 SVB) stetig zugenommen und ist im Jahr 2020 auf 574.900 SVB zurückgegangen.

Durch den Coroneffekt ist die Zahl der Arbeitslosen im Verlauf des Jahres 2020 bis Januar 2021 um 11.800 Arbeitslose angestiegen. Im Oktober 2020 befanden sich in MV ca. 3.000 Unternehmen (jeder 16. Betrieb) mit ca. 21.000 Mitarbeitern (jeder 28. sozialversicherungspflichtige Beschäftigte) in Kurzarbeit. Im April 2020 wurde die höchste Kurzarbeit mit 87.100 Kurzarbeitern (jeder 7. sozialversicherungspflichtige Beschäftigte) in 12.900 Unternehmen (jeder 4. Betrieb) festgestellt.

Der durchschnittliche Arbeitsausfall hatte im Mai 2020 mit 48 Prozent seinen bisherigen Höchststand. Im Juli 2020 betrug der Arbeitsausfall ca. 42 Prozent und es befanden sich ca. 5.000 Unternehmen mit 33.700 Mitarbeitern in Kurzarbeit. Im Jahr 2020 wurden in MV fast 300 Mio. Euro Kurzarbeitergeld ausbezahlt. Zwischen April 2020 und Januar 2021 wurden 3.800 Zugänge an Kurzarbeitergeldaufstockern und 3.950 Zugänge an Soloselbständigen registriert.

Der Landkreis Rostock weist mit einer Arbeitslosenquote von 6,2 Prozent im Januar 2021 (5,6 Prozent im Vorjahresmonat) die niedrigste Arbeitslosenquote auf. Der Landkreis Vorpommern-Rügen hatte im Januar 2021 mit 11,2 Prozent (10 Prozent im Vorjahresmonat) die höchste Arbeitslosenquote im Land. Vor allem aus den Bereichen Gastgewerbe, Baugewerbe, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen und Handel sind Zugänge in die Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Die Corona-Pandemie beschleunigt den Strukturwandel und die digitale Transformation in den Unternehmen. Nach der Krise werden vor dem Hintergrund des wieder ansteigenden Fachkräftebedarfes der Sicherung der Berufsausbildung, der Qualifizierung arbeitsloser Menschen und der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten eine entscheidende Rolle zukommen.

Darüber hinaus hat der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seinen 15. Tätigkeitsbericht gemäß der DS-GVO (Berichtszeitraum: 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019) und seinen 7. Tätigkeitsbericht nach dem Informationsfreiheitsgesetz (Berichtszeitraum: 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2019) vorgestellt und der Ausschuss hat die "Weiteren Corona-Maßnahmen" der Landesregierung beraten. Zudem hat das Bildungsministerium den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes und des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (Drucksache 7/5723) vorgestellt, den der Landtag dem Ausschuss zur Mitberatung überwiesen hat. Überdies hat der Ausschuss gemeinsam mit dem Energieminister den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Carsharing in MV beraten.

Drucksache 7/5724

Umweltpreis

Information zur Verleihung

■ Auf die Vergabe des Umweltpreises wird im Jahr 2021 verzichtet. Einreichungen werden mit einer Würdigung geehrt.

Während seiner 53. Sitzung am 5. März 2020 hatte der Agrarausschuss als Jury des Umweltpreises einstimmig beschlossen, die Ausschreibung dem Thema „Maßnahmen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung“ zu widmen. Zahlreiche gleichgerichtete Aktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen nährten damals die Hoffnung auf zahlreiche Einsendungen und damit auf eine große Bandbreite der Aktivitäten und Projekte. Doch leider war im vergangenen Jahr aufgrund der Corona-Pandemie, vieles anders als sonst. Viele Teilnahmeinteressierte – insbesondere Schulkollegien und -klassen sowie gemeinschaftlich arbeitende Projektgruppen – waren vollauf gefordert, sich den Herausforderungen zu stellen, die die Epidemie für die Erledigung alltäglicher Aufgaben mit sich brachte.

Trotz intensiver Bewerbung war die Resonanz bedauerlicherweise so gering, dass die Jury des Umweltpreises während der 66. Sitzung des Agrarausschusses am 3. Dezember 2020 beschlossen hat, auf die Vergabe des Umweltpreises zu verzichten. Diese Entscheidung ist am 13. Januar 2021 vom Ältestenrat des Landtages gemäß § 3 Satz 4 der Vergaberichtlinie bestätigt worden, womit diese unangreifbar ist.

Statt durch die Verleihung des Umweltpreises werden nunmehr die Bewerberinnen und Bewerber, deren Projekt dem Ausschreibungsthema entspricht, das Ergebnis ehrenamtlicher Arbeit ist und termingerecht in der Geschäftsstelle eingegangen ist, mit einer Teilnehmerurkunde sowie einer finanziellen Anerkennung in Höhe von 500,00 Euro gewürdigt.

Preisträger stehen fest

Schülerwettbewerb
„30 Jahre
Friedliche Revolution 1989“

■ Anlässlich des dreißigsten Jahrestages der Friedlichen Revolution von 1989 hat der Landtag im Jahr 2019 den Schülerwettbewerb „30 Jahre Friedliche Revolution 1989“ initiiert. Eine Jury aus Zeitzeugen, politischen Akteuren und Journalisten hat nun die Preisträger gekürt.

„Für mich ist es unvorstellbar, ein Leben ohne die absolute Freiheit, ohne meine eigene Meinung, ohne meine komplette Familie leben zu dürfen. [...] es macht mich stolz, dass in der damaligen Zeit die Menschen ihre Ziele so friedlich verfolgt haben, um mir heute ein Leben ohne jegliche Einschränkungen zu ermöglichen. Ich hoffe, dass es nie wieder zu solch einer Trennung von Menschen kommen wird.“ Mit diesen Worten endet Lara Schwenks Beitrag zum Schülerwettbewerb des Landtags. Es sind starke Worte, die klarmachen, dass die Geschehnisse rund um die Friedliche Revolution 1989 die Schülerinnen und Schüler bewegen. Durch den Wettbewerb ist gelungen, was 2019 als Anliegen des Landtags formuliert wurde: die Auseinandersetzung mit den historischen Ereignissen im Herbst 1989 zu bewirken und deren Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern an die folgenden Generationen zu vermitteln.

Beim Schülerwettbewerb „30 Jahre Friedliche Revolution 1989“ handelt es sich um ein neues Format, das im Zusammenhang mit dem 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution 2019 entstanden ist. Neben einer Gedenkveranstaltung in Waren und dem Schaffen einer Gedenkstätte sollten auch die jüngeren Generationen für dieses wichtige Kapitel in der Geschichte von MV interessiert werden. Teilnehmen konnten Schülerzeitungsredaktionen, ganze Schulklassen oder einzelne Schülerinnen oder Schüler. Die Art

der Befassung mit dem Thema stand den Kindern und Jugendlichen frei. Es konnte eine Befragung sein, ein Interview in der Familie, ein Zeitungsartikel oder ein Aufsatz. Dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kreativ im Umgang mit dem Thema waren, zeigen die Ergebnisse.

16 Einreichungen aus fünf Schulen erreichten den Landtag bis zum Stichtag am 30. April 2020. Erfreulich ist, dass der Wettbewerb bei allen Schulformen Interesse fand. Folgende Schulen reichten Wettbewerbsbeiträge ein: Schulcampus Röbel, Pädagogium Schwerin, Freie Schule Güstrow, Regionale Schule Mitte Fritz Reuter Neubrandenburg und der Grundschule Marlow. Eine achtköpfige Jury beurteilte anschließend die Einreichungen und legte die Platzierungen fest.

Als Jurymitglieder konnte der Landtag gewinnen:

- **Anne Drescher**
Landesbeauftragte für M-V für die Aufarbeitung der SED-Diktatur
- **Cornelia Eigler**
Landesinformationsstelle Schülerzeitung Jugendmedienverband M-V
- **Renate Holznagel**
ehemalige Abgeordnete und Vizepräsidentin des Landtags M-V
- **Ulrich Bongertmann**
Fachreferent für Geschichte und Latein am Institut für Qualitätsentwicklung des Bildungsministeriums M-V
- **Bernd Mosebach**
Leiter des ZDF Landesstudios M-V und Vorstandsmitglied der Landespresskonferenz M-V
- **Johann Scheringer**
ehemaliger Abgeordneter und Vizepräsident des Landtags M-V
- **Jochen Schmidt**
Direktor der Landeszentrale für politische Bildung M-V
- **Dr. Gottfried Timm**
ehemaliger Abgeordneter des Landtags und ehemaliger Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Da es unter den Einreichungen einige sehr gelungene Arbeiten gab, wurden von der Jury zwei 1. Preise, ein 2. Preis, zwei 3. Preise und ein Sonderpreis vergeben. Außerdem erhielten zwei Schülerinnen eine gesonderte Würdigung für ihren Beitrag.

Wie wichtig die Auseinandersetzung mit der Zeit um 1989 für Schülerinnen und Schüler in unserem Bundesland und wie gewinnbringend der Austausch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sind, dokumentieren die einzelnen Beiträge lebhaft. Nele, Mitglied der Schülerzeitungsredaktion MAG.net der Grundschule Marlow und damals Viertklässlerin, schreibt in ihrem Artikel: „Als ich vom Mauerfall hörte, wusste ich erst nicht, was das ist. Ich habe mich bei meinen Großeltern erkundigt. Mein Opa hat mir erzählt, dass er seinen Onkel in Neumünster nicht besuchen konnte – eigentlich ziemlich unvorstellbar.“ Hier wird deutlich, wie sehr der Austausch mit Zeitzeugen die Kinder bewegt und dazu führt, gewohnte Dinge zu hinterfragen und historische Ereignisse in den eigenen Kontext einzuordnen. Max, ebenfalls Mitglied der Schülerzeitungsredaktion und auch aus der vierten Klasse, machte eine ähnliche Erfahrung bei der Recherche zum Wettbewerbsthema in seiner Familie: „Mein Onkel Dietmar wohnt in Berlin und schickte mir ein paar Fotos von Restbeständen der Mauer. Als ich mir die Bilder anschaute, fragte ich mich, was die Leute an dieser Mauer finden, so schön sah sie doch gar nicht aus. Mir ist jetzt klargeworden, dass die Mauerreste in Berlin nicht beseitigt werden dürfen, damit wir uns immer an diese Zeit erinnern und damit eine solche Mauer nicht noch einmal gebaut wird.“ Hannah Tetzlaff, 10. Klasse, von der Freien Schule Güstrow kommt am Ende ihrer Einreichung zu dem Schluss: „Die Friedliche Revolution zeigt, dass es wichtig ist, sich für seine Rechte einzusetzen, sich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren und sich für die Zukunft zu engagieren.“

Die Kinder und Jugendlichen haben sich auf unterschiedliche Art mit dem historischen Geschehen in ihrem Heimatort und in ihren Familien auseinandergesetzt. Entstanden sind Ausstellungen in der eigenen Schule, der örtlichen Kirche, persönliche Interviews mit Verwandten, fast wissenschaftlich aufgebaute Befragungen, Artikel über persönliche Geschichten aus der Familie und eine Filmdokumentation über die Friedliche Revolution im Heimatort.

Schülerwettbewerb des Landtages

DIE PREISTRÄGER

1. Preis

Ein erster Preis ging an die Schülerzeitung MAG.net der Grundschule Marlow für ihre Artikel in der Ausgabe 13 „30 Jahre Mauerfall“ in der Schülerzeitung MAG.net. Gewürdigt wurden besonders ihre umfangreiche Rechercharbeit, der Bezug zum Heimatort und die Ausführlichkeit und Kreativität mit der sie sich dem Thema gewidmet haben. Für diese Altersstufe eine beeindruckende Leistung, wie Frau Eigler von der Landesinformationsstelle Schülerzeitung des Jugendmedienverbandes M-V in ihrer Jurybeurteilung meint.

Ebenfalls einen ersten Platz belegte die elfte Klasse des Pädagogiums Schwerin mit ihrem Beitrag „Befragung zum Gedenken an 30 Jahre Friedliche Revolution in MV“. 44 Personen aus Schwerin und dem näheren Umland haben die Schülerinnen und Schüler zum Thema der Friedlichen Revolution befragt. Herausgekommen ist eine Arbeit, die sich an „professionellen wissenschaftlichen Befragungen orientiert und Methodik und Ergebnisse überzeugend und nachvollziehbar darstellt.“, wie der Beurteilung durch die Jury zu entnehmen ist. Für Anne Drescher, Landesbeauftragte für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, bietet die herausragende Arbeit durch ihren Umfang und die Gründlichkeit sowie die optisch ansprechende Auswertung der Ergebnisse der Befragung, einen Erkenntnisgewinn. Die Schülerinnen und Schüler schaffen dadurch einen „sehr spannenden Einblick in die damalige Zeit und die Stimmungslage in der Bevölkerung“ und tragen damit „ganz grundsätzlich zu einem besseren Verständnis dieser Zeit“ bei.

2. Preis

Den zweiten Preis verdiente sich die elfte Klasse des Schulcampus Röbel mit ihrem Beitrag „Es war vor 30 Jahren – Röbel im Herbst 1989“. Sie konnte die Jury auf Grund der Bandbreite der Um- und Auseinandersetzung mit dem Thema

„30 Jahre Friedliche Revolution 1989“

Friedliche Revolution überzeugen. Wurden zunächst die Ergebnisse eines Zeitzeugengesprächs mit dem Bürgerrechtler Heiko Lietz zusammen mit Fotos und Informationen aus Röbel im Herbst 1989 zu einer Ausstellung zusammengestellt und diese dann in der Röbeler Marienkirche der Öffentlichkeit präsentiert, folgte anschließend ein Demokratieprojekt an der eigenen Schule. Die Schülerinnen und Schüler haben sich hier mit dem Beginn demokratischer Prozesse an ihrer Schule nach der Wende beschäftigt, Befragungen in Klassen durchgeführt und die Ergebnisse in der Schule ausgestellt. Höhepunkt war der Besuch eines NDR-Teams, das über das Projekt der Klasse berichtete. Renate Holzengel, ehemalige Abgeordnete und Vizepräsidentin des Landtags MV, lobte im Namen der Jury das breite Engagement der Schülerinnen und Schüler. Als Zeitzeugin der Ereignisse im Herbst 1989 war sie sehr bewegt von den Ergebnissen der Wettbewerbsbeiträge und kann sich weitere Zeitzeugenprojekte zum Thema gut vorstellen.

3. Preis

Jeweils mit einem dritten Preis wurden die Beiträge von Lara Schwenk und Sophie Köppen von der Regionalen Schule Mitte Fritz Reuter aus Neubrandenburg ausgezeichnet. Lara hat sich mit einem eigenen Fragebogen dem Thema genähert und vier Personen aus ihrem Umfeld zu den Ereignissen der Friedlichen Revolution befragt. Nicht nur dass sie selbst dadurch neue Einsichten zu historischen Geschehnissen und einen anderen Blick auf die Dinge erhalten hat, Lara ist es durch die Befragung auch gelungen bei den Befragten eine Rückerinnerung und Reflektion des Erlebten zu bewirken. Ein Umstand den Jochen Schmitt, Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, in seiner Jurybeurteilung hervorhebt.

Sophie hat hingegen die Friedliche Revolution historisch aufgearbeitet und dabei das Geschehen in den größeren geschichtlichen Zusammenhang eingeordnet. Sie schildert die Ereignisse von



Oben: Angélique Plehn, Paul Fröhlich und Jo Lennart Hagen vom Pädagogium Schwerin/Europaschule
Unten: Annabell, Finn, Lina, Max und Nele von der Schülerzeitungsredaktion MAG.net der Grundschule Marlow
Fotos: oben: Pädagogium Schwerin/Europaschule, unten: Grundschule Marlow

der Teilung Deutschlands bis zu den regionalen Ereignissen in Neubrandenburg und Güstrow. Ihre umfangreiche Recherche und die gute sprachliche und visuelle Darstellung der Ergebnisse machen ihre Arbeit zu einem gelungenen Beitrag für alle, die sich ganz grundsätzlich über die Ereignisse im Herbst 1989 informieren wollen.

Sonderpreis

Der siebenminütige Dokumentarfilm von Paul Engler und Florens Kausch, beide aus der zehnten Klasse der Freien Schule Güstrow, beeindruckte alle Jurymitglieder gleichermaßen. Ursprünglich waren Filmformate zur Teilnahme für den Wettbewerb nicht vorgesehen. Die beiden Jugendlichen schreckte das aber nicht, sie wollten etwas Anderes machen. „Im Unterricht haben wir fast ausschließlich nur mit Texten gearbeitet und wollten deshalb dem „Standard“ ein wenig entgegenwirken und etwas Neues ausprobieren.“ Also investierten sie viel Zeit und Kreativität, um das Geschehen um den Bürgerrechtler Heiko Lietz während der Friedlichen Revolution in Güstrow wiederzugeben. Die Basis dafür bildete ein Zeitzeugengespräch mit Herrn Lietz, das in der Schule stattfand. Entstanden ist eine „eindrucksvolle siebenminütige Collage

aus Fotos, bewegten Archivszenen und einem gesprochenen Text. „Recherche, Drehbuch, Regie, Kamera, Schnitt, Vertonung – alles selbst gemacht. Ein gelungenes mediales Gemeinschaftswerk von Florens Kausch und Paul Engler, das mit der suggestiven Kraft der Bilder spielt, emotionale Momente der Vergangenheit wiederaufleben lässt, die Ereignisse zusammenfasst und bewertet.“, wie Bernd Mosebach, Leiter des ZDF Landesstudios, in seiner Jurybeurteilung ausführt. Den Sonderpreis im Schülerwettbewerb haben sich Florens und Paul damit auf jeden Fall verdient!

Gerne hätte die Präsidentin die Preisträgerinnen und Preisträger bei einer offiziellen Preisverleihung im Schloss begrüßt und die Urkunden und Geldpreise selbst überreicht. Aber wie bei vielen anderen Dingen war auch dies auf Grund der Pandemie nicht möglich, sodass Birgit Hesse ihre Glückwünsche im Februar per Post übermittelt hat. Urkunden und Preisgelder sowie eine Einladung ins Schloss gingen zusammen mit einem Buchpaket der Landeszentrale für politische Bildung an die Schulen und lösten dort große Freude aus. Viele hatten damit nicht gerechnet und in der aktuell schwierigen Situation für Schülerinnen und Schüler und ebenso für Lehrerinnen und Lehrer war diese frohe Botschaft ein gern gesehener Lichtblick.

Es gab mehr direkte Reaktionen

Max-Stefan Koslik und Jürgen Hingst berichteten über den ersten Landtag

■ Im Oktober 1990 zogen 66 Abgeordnete in den Landtag ein. Für die überwiegende Mehrheit war das politische Geschäft vollkommen neu. Neu war für sie auch, dass ihre Arbeit öffentlich beleuchtet wurde – von Journalisten wie Max-Stefan Koslik von der Schweriner Volkszeitung (SVZ) oder Jürgen Hingst vom Norddeutschen Rundfunk (NDR).

Max-Stefan Koslik arbeitete seit 1985 bei der damaligen SED-Bezirkszeitung. In der Umbruchzeit 1989 "wollten die älteren Redakteure nicht mehr ran an die politischen Themen und haben den jüngeren wie mir das Feld überlassen", erinnert er sich. Ein Jahr später hatte er bereits einige Erfahrungen im politischen Journalismus gesammelt, aber "wir waren alle noch Anfänger: die Abgeordneten, die Minister, die Journalisten".

"Es wurde offener debattiert als heute, nicht so abgeklärt", sagt Max-Stefan Koslik. "Abgeordnete haben auch mal eine eigene Meinung riskiert abseits von der Fraktionslinie". Auch Parteitage waren spannender und nicht so vorbestimmt. "Da meldeten Delegierte ihre Kandidatur für irgendeinen Posten erst kurz vor der Abstimmung an." Die Abgeordneten hätten außerdem in den Anfangsjahren viel intensiver ihre Akten gelesen. "Egal zu welcher Partei sie gehörten, die wussten, worüber geredet wurde."

Das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten sei geprägt gewesen von Abstand und Respekt, "auch wenn einige Abgeordnete uns überzeugen wollten, wir säßen im selben Boot". Andererseits gab es eine gewisse Nähe. Journalisten wurden zur Weihnachtsfeier der CDU-Fraktion eingeladen. Abgeordnete und Journalisten trafen sich mehr oder weni-

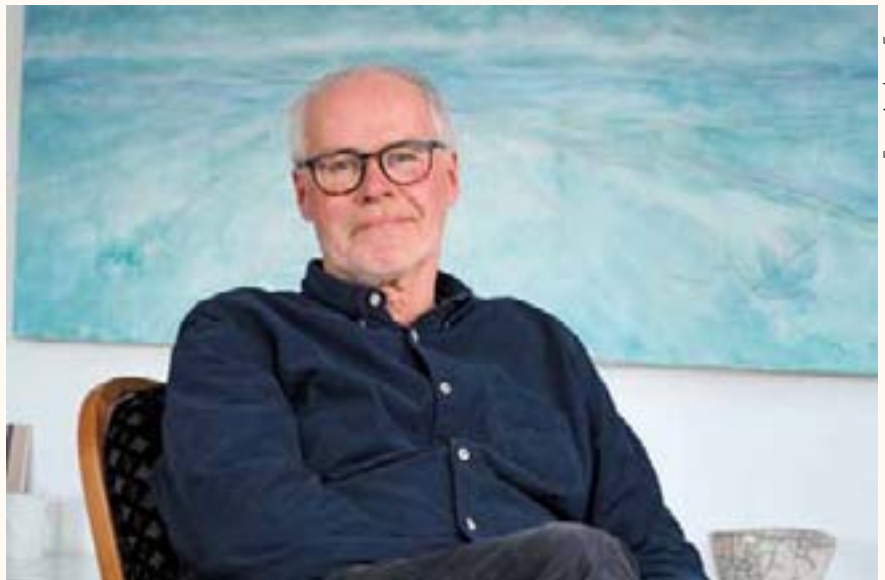


Foto: Andreas Frost

Jürgen Hingst berichtete für den Norddeutschen Rundfunk.

ger zufällig in den wenigen Kneipen der Landeshauptstadt und kamen ins Gespräch miteinander. "Heute recherchiere ich im Parlament, damals in der Kneipe", sagt Max-Stefan Koslik. Distanzierter gingen die Medien mit der PDS um. "Sie wurde an ihrer SED-Vergangenheit gemessen. Wer sich mit ihr 'einließ', der befürchtete, in dieselbe Ecke gestellt zu werden."

Spannender als heute sei auch die Konkurrenz zwischen den Medien gewesen, die über die Landespolitik berichteten. "Es gab mindestens sechs Tageszeitungen in Mecklenburg-Vorpommern. Mehrere Nachrichtenagenturen, Radio- und Fernsehsender und die Korrespondenten vieler überregionaler Medien hatten eigene Büros in Schwerin." Der Druck auf die Landespolitik sei viel größer gewesen als heutzutage. Die Themen lagen immer noch auf der Straße und "mussten nur aufgeschrieben werden".

Die Berichterstattung der Medien hatte laut Max-Stefan Koslik mehr Wirkung. "Es gab direkte Reaktionen. Selbst am Sonnabendvormittag bekam ich Anrufe von Politikern, die mir erklären wollten, warum ich über ihre Vorhaben angeblich falsch berichtet hatte. Heute lesen Fraktionsvorsitzende oft erst am Montag den vom Pressesprecher zusammengestellten Medienspiegel. Es gibt Ausnahmen wie die Fraktionsvorsitzende der Linken, aber allgemein..."

Die politische Stimmung war während der ersten Legislatur aufgeheizt, denn

die CDU/FDP-Koalition regierte nur, weil ein SPD-Kandidat gleich nach der Landtagswahl zu ihr übergelaufen war. Genügend Konfliktstoff gab es auch zwischen CDU und FDP, etwa in der Schul- und in der Rundfunkpolitik oder beim Thema Abtreibung. "Umso mehr hat es mich erstaunt, dass es Landtagspräsident Rainer Prachtl, der aus der Bürgerbewegung kam, gelungen ist, die Ergebnisse der Stasi-Überprüfungen erst öffentlich zu machen, nachdem die elf betroffenen Abgeordneten sich gegenüber der zuständigen Kommission erklären konnten. Das verdient Respekt."

Natürlich waren zu Beginn der 1990er Jahre Stasi und SED ständig Thema in den Medien. Auch über die Vergangenheit einzelner Abgeordnete hätten die Medien kritisch berichtet, zum Beispiel über den CDU-Fraktionsvorsitzenden Eckhardt Rehberg, der an einem DDR-Gericht als Schöffe tätig war. Versäumt worden sei jedoch, die Verquickung der CDU mit der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) zu hinterfragen. Die DBD galt als "Bauern-SED" und war dennoch 1990 in der CDU aufgegangen. Max-Stefan Koslik: "Damit hat sich die CDU ganz geschickt aus dem Staub gemacht, und wir haben sie gelassen."

Jürgen Hingst wurde im Dezember 1989 noch vom Rat des Bezirks Schwerin als ausländischer Korrespondent akkreditiert. In den Jahren zuvor berichtete der NDR-Reporter bereits über Kulturthemen aus dem Norden der DDR.



Max-Stefan Koslik berichtet für die Schweriner Volkszeitung.

Nun aber berichtete er über baufällige Wohnungen und steigende Mieten, über Bauern, die ihre Milch nicht mehr loswurden, über den Weihnachtsmarkt in Schwerin, über die Warnstreiks bei der Post. „Und über Opfer des DDR-Regimes, die Anerkennung wollten, genauso wie über Menschen, die mit dem Ende der DDR haderten.“ Die Arbeitsbedingungen waren begrenzt: kein Mobiltelefon, kein Internet, keine Autobahn.

„Die Abgeordneten des Landtags habe ich in den ersten Jahren als wissbegierig und offen erlebt, manchmal auch als naiv. Einige gingen mit Journalisten ruppig um, andere suchten die Nähe.“ Jürgen Hingst hat es immer wieder erlebt, dass Politiker ihn ehrlich nach seiner Meinung zu bestimmten Themen gefragt haben. „Wie sehen Sie das?“ fragten sie dann, womit sie auch ihre eigene Unsicherheit eingestanden. Das kommt heute nicht mehr vor.“

„Die Landtagsabgeordneten waren be-seelt von ihrer Mission“, sagt Hingst. Und es habe unter den aus den alten Bundesländern nach Schwerin gekommenen Kollegen eine grundsätzliche Sympathie für das Ziel gegeben, etwas Neues aufzubauen. „Wir haben gedacht: Lass sie doch erst einmal ankommen“, so Hingst. „Ich räume ein, dass ich damals journalistisch gewisse Beißhemmungen hatte.“ Vielleicht seien die „einheimischen“ Kollegen damit kritischer umgegangen. Allerdings hat Jürgen Hingst auch erlebt, wie die Unerfahrenheit der Politiker ausgenutzt

wurde. Ein Kollege eines westdeutschen Nachrichtenmagazins habe einmal einen Regierungsmitarbeiter „vorgeführt und in die Enge getrieben“. Das wäre in den alten Bundesländern so wohl nicht passiert.

Das Verhältnis der Journalisten untereinander sei einerseits von gegenseitigem Interesse, aber auch von Misstrauen geprägt gewesen. „Es gab Ost-Kollegen, die sich befreit von früheren Zwängen fühlten.“

Über sich selbst sagt Jürgen Hingst: „Ich hatte ja keine andere Brille als die West-Brille.“ Sein politisches Weltbild war vor der Wende geprägt von einer grundsätzlichen Akzeptanz gegenüber der DDR. Diese West-Brille habe manches schöner erscheinen lassen, als es war. „Mir war nicht klar, wie marode die Betreiber waren, wie groß die Sehnsucht nach Freiheit einerseits und das Wohlfühlen in DDR-Nischen andererseits.“

Zwar stieß der NDR in Mecklenburg-Vorpommern auf viel Interesse. Zum „Landessender“ wurde er jedoch erst 1992. Jürgen Hingst berichtete anfangs vor allem für die Hörer im angestammten NDR-Sendegebiet. Mit der Landtagsberichterstattung änderte sich das. Das brachte zusätzliche Aufgaben mit sich: „Den Hörern mussten wir erklären, dass Parlament nicht gleich Regierung ist, was Ausschüsse sind, was Gewaltenteilung heißt.“ All das war in den alten Bundesländern nicht notwendig.

Wichtig für die politische Berichterstattung war natürlich, was die CDU/FDP-Regierung plante oder tat. Dienstags nach den Kabinettsitzungen fanden deshalb Pressekonferenzen in der Staatskanzlei statt. Was zunächst rein praktische Gründe hatte, bekam bald den Anschein, als seien die Journalisten ein „Anhängsel“ der Regierungspolitik. Der Landtag habe geholfen, die angemessene Distanz zwischen Presse und Politik wiederherzustellen und der Landespressekonferenz 1993 einen eigenen Raum zur Verfügung gestellt, berichtet Jürgen Hingst. Dafür sei er dem Landtag dankbar gewesen.

Rainer Prachtl war von 1990 bis 1998 Landtagspräsident. Er erinnert, dass westdeutsche Journalisten in der Regel qualifiziert und sehr selbstbewusst gewesen seien, aber auch über ein demokratisches und weltoffenes Meinungsbild verfügten. Das Verständnis für ostdeutsche Befindlichkeiten und Sichtweisen allerdings sei eher selten vorhanden gewesen. „Und manchmal wurden wir 'Neu-Politiker' auch einfach nur belächelt.“ Das sei den Abgeordneten nicht gerecht geworden, die zwar politische „Laien“ waren, unter denen sich aber „hochgebildete Akademiker, gestandene Landwirte, Unternehmer, Handwerker und Gewerkschafter“ befanden. „Es gab natürlich auch Journalisten mit einem hohen Ethos, die unsere Arbeit begleitet haben“, betont Prachtl.

„Bei den ostdeutschen Medienvertretern war“, so Prachtl weiter, „die Souveränität oft nicht so ausgeprägt“. Unter ihnen habe es solche mit hoher fachlicher Qualifikation, aber auch Wendehälse und dem alten Regime zugetane Kader gegeben. „Der Ruf der DDR-Opposition, also auch meiner, war der nach Schaffung neuer Zeitungen ohne belastete Journalisten. Diesbezüglich hat uns das westdeutsche Unternehmertum enttäuscht.“ So erinnert der damalige Landtagspräsident „die Gemengelage bei den Journalisten in den Anfangsjahren“, von der die Berichterstattung geprägt wurde. Er bedauert, dass die Aufbauleistungen der neuen ostdeutschen Politiker kaum beachtet worden sei. Das habe sich auch bei der Ausarbeitung der Landesverfassung gezeigt, über die kaum berichtet wurde.

Andreas Frost



Am 4. März nahm Landtagspräsidentin Birgit Hesse am 24. Tourismusforum des Ostdeutschen Sparkassenverbandes, dem Pre-Opening zur digitalen Internationalen Tourismusbörse, teil. Dabei wurden die Usedom Tourismus GmbH und die Filmemacher Deutschland ww GmbH mit dem Tourismuspreis "Marketing Award - Leuchttürme der Tourismuswirtschaft" für Mecklenburg-Vorpommern ausgezeichnet. Den Preis nahmen der Geschäftsführer der Usedom Tourismus GmbH, Michael Steuer, sowie Tariq Khan, Digital Marketing Director der Filmemacher Deutschland ww GmbH entgegen.

Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Südtiroler Landtags, des Deutschen Bundestags und des deutschen und österreichischen Bundesrats haben sich am 1. Februar zur digitalen Europakonferenz zusammengeschaltet. Mit dabei war auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Es ging unter anderem um die Herausforderungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt während und nach der Pandemie.

Der für den 30. Mai 2021 geplante „Tag der offenen Tür“ im Landtag MV wird in diesem Jahr aufgrund der Einschränkungen in Verbindung mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 nicht stattfinden.



Foto: Landtag MV

Tag der offenen Tür
im Landtag MV
2021 abgesagt



LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

